

Maximilian Graf

Österreich und das Ende der DDR

I. Einleitung und Forschungsstand

Der vorliegende Aufsatz liefert eine synthetisierende Analyse zur Haltung der österreichischen Diplomatie und Politik zum Ende der DDR und zur deutschen Einheit in den Jahren 1989/90 unter Berücksichtigung der Langzeitentwicklungen.¹ Zur österreichischen Diplomatie und Politik im Zusammenhang mit der sogenannten „Wiedervereinigung“ hat Michael Gehler seit einem Jahrzehnt Pionierarbeit geleistet.² Dies gilt auch für die Rolle Österreichs im Jahr 1989 im Allgemeinen, der er sich im Rahmen eines Projekts gemeinsam mit Andrea Brait zuwandte,³ die ebenfalls einen Beitrag zu den österreichischen Reaktionen auf den deutschen Einigungsprozess vorlegte.⁴ Der Autor dieses Aufsatzes hat sich

1 Der vorliegende Aufsatz präsentiert eine Synthese der Ergebnisse des FWF-Projekts P 26439-G15 „Aktenedition: Österreich und die Deutsche Frage 1987 bis 1990“. Er stellt eine überarbeitete und erweiterte Fassung des 2015 fertiggestellten Beitrags Maximilian Graf, Österreich und die deutsche Einheit, in: Wolfgang Mueller/Andrea Schnoller/Hannes Stekl (eds.), 1989: *Die Samtenen Revolutionen, Österreich und die Transformation Europas* (=Austriaca; Wien: New Academic Press 2017) dar. Für weitere einschlägige Beiträge des Autors siehe: id., Österreich und das „Verschwinden“ der DDR. Ostdeutsche Perzeptionen im Kontext der Langzeitentwicklungen, in: Andrea Brait/Michael Gehler (eds.), *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2014), 221–242.

2 Michael Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse: Österreich und die Vereinigung Bundesrepublik Deutschland-DDR 1989/90, in: id./Ingrid Böhlner (eds.), *Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag* (Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, 2007), 493–530; Michael Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/1990, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009) 5, 427–452.

3 Andrea Brait/Michael Gehler (eds.), *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2014). Der Sammelband ist ein erstes Teilergebnis des Projekts „Offene Grenzen, neue Barrieren und gewandelte Identitäten. Österreich, seine Nachbarn und die Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft und Kultur seit 1989“. Für weitere Informationen und die in Vorbereitung befindlichen Publikationen (Edition und Zeitzeugenerinnerungen) siehe: https://www.univie.ac.at/offene_grenzen/, zuletzt abgerufen am 7. April 2015. Für einen knappen Überblick zur Thematik siehe Michael Gehler, Austria, the Revolutions, and the Unification of Germany, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989. A Handbook* (Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2015), 437–466.

4 Andrea Brait, „Österreich hat weder gegen die deutsche Wiedervereinigung agitiert, noch haben wir sie besonders begrüßt“. Österreichische Reaktionen auf die Bemühungen um

der Thematik über die Geschichte der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR angenähert.⁵ Ausgehend von umfassender angelegten Forschungen zur österreichischen „Ostpolitik“ im Kalten Krieg⁶ erscheint eine breitere inhaltliche und zeitliche Kontextualisierung der Haltung Österreichs erstrebenswert. Diese umfasst sowohl die Beziehungen Österreichs zu den beiden deutschen Staaten vor 1989, als auch die österreichisch-ungarischen Beziehungen seit den 1970er-Jahren. Mit Blick auf den Anteil, den die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze im September 1989 am Zusammenbruch der SED-Herrschaft in der DDR hatte, vermag dies nicht unbedingt zu überraschen, aber auch in diesem Fall muss man von der Fokussierung auf die Ereignisgeschichte des Jahres 1989 abrücken und diese im Kontext der Langzeitentwicklungen verorten.

Nach einer einleitenden Zusammenfassung der Beziehungen Österreichs zu den beiden deutschen Staaten wird zunächst die vermeintliche Stabilität der DDR in den Blick genommen und unter Berücksichtigung des österreichisch-ungarischen Sonderverhältnisses vor 1989 auf die Entwicklungen vom Sommer 1989 bis zur Grenzöffnung durch Ungarn im September, die Ablöse der alten SED-Führung im Oktober sowie den Mauerfall am 9. November eingegangen. Anschließend wird die österreichische Haltung und Politik zur Frage der sogenannten „Wiedervereinigung“ in den Monaten November 1989 bis Februar 1990 analysiert. Während Österreich in diesen Monaten auch als Akteur in Erscheinung trat, reduzierte sich seine Rolle nach den ersten freien Wahlen in der DDR im März 1990 wieder primär auf die Rolle des Beobachters. Daher wird abschließend nur kurz auf die österreichischen Wahrnehmungen des Einigungsprozesses und die schlussendlich positive Haltung zur deutschen Einheit, die mit 3. Oktober 1990 Realität wurde, eingegangen. Dem Abschied von den „anderen“ österreichisch-deutschen Beziehungen, sprich den österreichisch-ostdeutschen Beziehungen, wird aufgrund der Themenstellung des Beitrags viel Raum gewährt. All dies kann nur vor dem Hintergrund des internationalen Kontexts⁷

die deutsche Einheit, in: *Deutschland Archiv 2014* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015), 82–102.

5 Maximilian Graf, *Österreich und die DDR 1949–1990. Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung* (Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2016), darin zur deutschen Einheit, 570–607.

6 Maximilian Graf, Österreichs „Ostpolitik“ im Kalten Krieg. Eine doppeldeutsche Sicht, in: Maximilian Graf/Agnes Meisinger (eds.), *Österreich im Kalten Krieg. Neue Forschungen im internationalen Kontext* (Göttingen: V&R unipress, 2016), 145–173.

7 Mueller/Gehler/Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989*; Victor Sebestyen, *Revolution 1989. The Fall of the Soviet Empire* (London: Weidenfeld & Nicolson, 2009); Michael Meyer, 1989: *The Year that Changed the World. The Untold Story behind the Fall of the Berlin Wall* (New York et al.: Scribner, 2009); Mary Elise Sarotte, 1989. *The Struggle to Create Post-Cold War Europe* (Princeton/Oxford: Princeton University Press, 2009); Jacques Lévesque, *The Enigma of 1989. The USSR and the Liberation of Eastern Europe* (Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press, 1997); György Dalos, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa* (München: C. H. Beck, 2009).

und des österreichischen Beitrittsgesuchs zur Europäischen Gemeinschaft vom 14. Juli 1989 analysiert werden.⁸

II. Österreich und die beiden deutschen Staaten bis 1989

Trotz vieler Gemeinsamkeiten war das Schicksal Österreichs und der beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg höchst unterschiedlich. Österreich wurde trotz Viermächte-Besatzung in den Grenzen von 1938 wiedererrichtet, blieb ungeteilt und erhielt nach zehnjähriger Besatzungszeit durch den österreichischen Staatsvertrag 1955 seine Souveränität zurück. In Deutschland kam es 1949 hingegen zur „doppelten Staatsgründung“, wodurch ein West- und ein Oststaat geschaffen wurde, namentlich die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Mit beiden Staaten konnte Österreich bis 1955 keine offiziellen Beziehungen herstellen, da dafür die Zustimmung der Besatzungsmächte notwendig gewesen wäre. 1955 nahm Österreich zur Bundesrepublik diplomatische Beziehungen auf, erkannte die DDR jedoch nicht an. Hauptgrund war die Hallstein-Doktrin, mit der die Bundesrepublik jedem Staat, der sich daran machte, Beziehungen zur DDR aufzunehmen, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen androhte. Eben diese Doktrin gab daher auch für gut 15 Jahre den Rahmen des Möglichen für die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR vor, auch wenn Österreich hin und wieder die Grenzen der Toleranz der Bundesrepublik auslotete. Zu einer veränderten Haltung kam es erst im Gefolge der „neuen Ostpolitik“ der Bundesrepublik unter der Führung von Kanzler Willy Brandt. Die Entspannung der westdeutschen Ostbeziehungen und des deutsch-deutschen Verhältnisses machten schließlich auch den Weg zur Anerkennung der DDR 1972 frei.⁹ Während die DDR bis dahin vor allem den Ruf eines international ausgegrenzten Pariastaates hatte, der obendrein – symbolisiert durch die Berliner Mauer – seine Bürger einsperrte, wurde sie nun trotz aller aus der deutschen Teilung resultierenden Besonderheiten Teil der österreichischen „Ostpolitik“ im Kalten Krieg. Dementsprechend rasch nahm der Aufbau der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR Fahrt auf. 1975 wurde – sehr zum Missfallen der Bundesrepublik – ein Konsularvertrag geschlossen, der die DDR-Staatsbürgerschaft ausdrücklich anerkannte. Österreich übernahm sukzessive eine diplomatische Eisbrecherrolle für die DDR, die von Ost-Berlin mit Groß-

8 Hierzu zuletzt Michael Gehler, Kontinuität und Wandel: Österreichs Europa- und Integrationspolitik vor und nach dem Epochenjahr 1989, in: Thomas Fischer/Michael Gehler (eds.), *Tür an Tür. Vergleichende Aspekte zu Schweiz, Liechtenstein, Österreich und Deutschland* (Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2014), 259–292. Dazu ausführlicher der Beitrag von Michael Gehler in diesem Band.

9 Maximilian Graf, *Austria and the GDR 1949–1972. Diplomatic and Political Contacts in the Period of Non-recognition*, in: Arnold Suppan/Maximilian Graf (eds.), *From the Austrian Empire to Communist East Central Europe* (= Europa Orientalis 10, Wien: Lit-Verlag, 2010), 151–177.

aufträgen für die verstaatlichte Industrie und Konzessionen in humanitären Angelegenheiten honoriert wurde. Besonders deutlich wurde dies hinsichtlich der Besuchsdiplomatie. Bundeskanzler Bruno Kreisky besuchte 1978 als erster westlicher Regierungschef offiziell die DDR. Der ostdeutsche Staats- und Parteichef Erich Honecker absolvierte seinen ersten offiziellen Besuch im Westen 1980 in Österreich. Zahlreiche weitere Besuche auf höchster protokollarischer Ebene sollten folgen. Damit einher ging eine veritable Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen. Die österreichische Handelsbilanz mit der DDR war stets deutlich aktiv. In den 1980er-Jahren wurden jährliche Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, die den österreichischen Exportwünschen stark entgegenkamen, während die im Gegenzug gewährten österreichischen Kredite zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit der DDR beitrugen. Die Handelsbeziehungen wurden zur tragenden Säule im österreichisch-ostdeutschen Verhältnis. In der ersten Hälfte der 1980er-Jahre war ob der Intensität der österreichisch-ostdeutschen Beziehungen eine zeitweilige Verstimmung seitens der Bundesrepublik festzustellen, die sich erst nach der Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Kohl wieder legen sollte. Die vorhergehende Verstimmung rührte daher, dass sich die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR sowohl politisch als auch wirtschaftlich just dann intensiviert hatten, als es zu einer merklichen Abkühlung der deutsch-deutschen Beziehungen während der letzten Hochphase des Kalten Kriegs gekommen war. All dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesrepublik stets der wichtigere Partner Österreichs war. Nachdem man in Wien zunächst aufgrund der Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen (Stichworte Strauß-Kredite 1983/84 und dem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik 1987) von einem verringerten Interesse der DDR an Österreich ausgegangen war, intensivierten sich die Wirtschaftsbeziehungen Ende der 1980er-Jahre erneut. In wirtschaftlicher Hinsicht waren Österreich und die DDR jedenfalls Partner geworden, da beide Seiten eindeutigen Nutzen daraus zogen. Noch im Juni 1988 hatte mit Franz Vranitzky bereits der dritte österreichische Bundeskanzler der DDR einen stark wirtschaftspolitisch geprägten offiziellen Besuch abgestattet. Unter anderem importierte die marode DDR massiv Elektroenergie aus Österreich. Trotz dieser guten Beziehungen trug Österreich durch sein Mitwirken an der Massenflucht der DDR-Bürger im Zuge der Grenzöffnung durch Ungarn im September 1989 zum Verfall der SED-Herrschaft bei.¹⁰

10 Dazu ausführlich Graf, *Österreich und die DDR*; zusammenfassend: id., Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949–1989/90, in: *Zeitgeschichte* 39 (2012) 2, 75–97; sowie unter stärker Berücksichtigung der Bundesrepublik id., Österreich und die Deutsche Frage 1945–1990. Realpolitik wider Willen?, in: Roman Kodet/Lukaš Novotný (eds.), *The Chapters to the History of „Realpolitik“/Die Kapitel aus der Geschichte der Realpolitik* (Pilsen: University of West Bohemia, 2013), 115–142.

III. Österreich und das Ende der Stabilität des SED-Regimes

Seit 1986/87 verfolgten die österreichischen Medien und die Diplomatie die Auswirkungen von Michail Gorbatschows Reformpolitik auf die Warschauer-Pakt-Staaten mit großer Aufmerksamkeit. Obwohl der „Kontrast zwischen Theorie und Realität“ immer augenscheinlicher wurde, wertete die österreichische Botschaft in Ost-Berlin die Ära Honecker immer noch als „recht erfolgreich“.¹¹ Die wachsenden Divergenzen zwischen der Sowjetunion und der DDR waren aber auch der österreichischen Diplomatie nicht gänzlich verborgen geblieben. Im März 1987 wurde die Haltung der DDR-Führung zur Perestroika am Wiener Ballhausplatz als „zwiespältig“ gewertet. Trotz offizieller Zustimmung zum Kurs Gorbatschows war nun in Äußerungen Honeckers eine „deutliche Distanz“ zu dessen Reformpolitik auszumachen. Ihre Wirkung auf die DDR war aber nicht abzustreiten: „Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Reformideen Gorbatschows findet in der SED nach wie vor höchstens hinter verschlossenen Türen statt. In der Öffentlichkeit schweigt die Parteiführung jedenfalls zu diesem Thema. Für Intellektuelle und Künstler scheint Gorbatschow aber ein neuer Hoffnungsträger geworden zu sein. Ein Großteil der Parteibasis dürfte eine Wartestellung bezogen haben.“ Daraus schlussfolgerte man in Wien: „Es gibt unterschiedliche Bewertungen der neuen Moskauer Linie. Ein Teil der Funktionäre dürfte nicht bereit sein, sich schon jetzt für eine Parteilinie zu exponieren, die noch nicht einmal in der Spitze feststeht. Wenn Gorbatschow auf längere Sicht Erfolg hat, wird die DDR-Führung kaum ein Übergreifen von Gorbatschows Ideen auf die DDR verhindern können.“¹² Noch ging es der SED-Spitze darum, die „Eigenständigkeit“ und die „besonderen Bedingungen“ jedes einzelnen Warschauer-Pakt-Staats herauszustreichen. Am Ballhausplatz, dem historischen und seinerzeitigen Sitz des österreichischen Außenministeriums, schien klar: „Stabilität hat Vorrang vor Experimenten“. Auch der Sowjetunion unterstellte man, kein Interesse an „Experimenten im industriell am weitesten entwickelten RGW-Partnerland“ zu haben.¹³ Ein Bericht zu den Auswirkungen der Perestroika auf die DDR machte deutlich:

„Kein anderer Bruderstaat im kommunistischen Lager hat wie die DDR ein größeres, wirtschaftlich stärkeres, kapitalistisches Gegenüber, das durch Massenmedien und in letzter Zeit nicht unbedeutende Besucherströme täglich auf die eigene Bevölkerung

11 Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 12. August 1986, Zl. 126-RES/86, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten (BMAA), II-Pol 1986, GZ. 701.03/6-II.3/86.

12 Analyse, Reaktionen der Warschauer-Pakt-Staaten auf die Perestroika, Wien, 19. März 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 225.03.00/34-II.3/87.

13 ÖSTERREICH-DDR, Kontakte; Zusammentreffen des HBK mit stv. Vors. des Staatesrates MITTAG und Außenhandelsminister BEIL (20./21. August, Salzburg), Information, Wien, 10. August 1987, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 43.18.08/3–11.3/87.

einwirkt. Die Situation der DDR ist daher auch hinsichtlich der reformatorischen [sic!] Bestrebungen Gorbatschows durchaus einzigartig. Die Sowjetunion selbst kann nicht daran interessiert sein und ist nicht daran interessiert, dass ihr stärkster Bündnispartner durch die Entwicklung im eigenen Land, die noch – lange – nicht abgeschlossen ist, aus dem Tritt kommt.“¹⁴

Trotz aller Selbstzufriedenheit der SED-Führung waren „in der DDR eine Reihe schwieriger sozialer und innenpolitischer Entwicklungen nicht zu übersehen, wobei hier sicherlich das sowjetische Reformmodell Hoffnungen erweckt hat, die – zumindest in der DDR – schon aufgrund ihrer speziellen Randlage – nicht eingelöst werden können“. Grundsätzlich war die DDR eine Mangelwirtschaft. Daran hatten auch die inszenierten außenpolitischen und die vermeintlichen wirtschaftlichen Erfolge nichts geändert. Die gegen Devisen erwerbenden Importprodukte spalteten die Gesellschaft viel mehr, als sie einen positiven Effekt erzielten. Das allgemein verfügbare Warenangebot hielt mit den Ansprüchen der Menschen nicht Schritt, so waren beispielsweise die Wartezeiten beim Erwerb eines PKWs unverändert lang. Die absolut steigenden Reisezahlen verstärkten zudem die Ungleichheit in der Bevölkerung: während manche Bürger mehrfach in die Bundesrepublik reisen konnten, blieb dies anderen ohne Zugang zur D-Mark versagt. Gorbatschows Reformpolitik hatte Erwartungen geweckt, der Dialog der SED mit der westdeutschen SPD gewisse Irritationen verursacht, jedoch stand jede oppositionelle Regung noch unter den strengen Augen des Staatssicherheitsdienstes. Der Ballhausplatz erwartete weiterhin eine stabile Entwicklung der DDR:

„Bei den jetzigen Gegebenheiten ist in der DDR im Jahr 1988 nicht mit spektakulären Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu rechnen. [...] Trotz der erwähnten Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung wird die DDR ihre Stabilität auch 1988 beibehalten. Hiefür sorgen das stark entwickelte Realitätsbewußtsein der DDR-Bürger wie auch der im Vergleich zu anderen RGW-Ländern hohe Lebensstandard. Die grundsätzlich prekäre Situation der DDR, die sich aus ihrer Position an der Systemgrenze ergibt, bleibt freilich bestehen.“¹⁵

Im Laufe des Jahres 1988 blieb unklar, ob „die Forderungen nach Offenheit, Umgestaltung und vermehrten Chancen in der DDR selbst zunehmen“ würden. Klar war aber: „Zum jetzigen Zeitpunkt und beim jetzigen Führungsteam der DDR unter Honecker ist jedoch keine Änderung des Weges abzusehen.“¹⁶ Ende 1988 wurde am Ballhausplatz ausdrücklich gefragt, ob die durch Gorbatschows Re-

14 Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 22. Oktober 1987, Zl. 200-RES/87, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1987, GZ. 225.03.00/61-II.3/87

15 Osteuropa zum Jahresbeginn 1988; Assessment papers für Staaten des WP sowie Jugoslawien, Wien, 28. Jänner 1988, Zl. 85-RES/88, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 713/1-II.3/88.

16 Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 6. Oktober 1988, Zl. 225-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin(Ost) RES-1988 (01-06), Karton 22.

formen angestoßenen Prozesse einen „Wandel“ in Osteuropa ausgelöst hätten. Während diese Frage mit Blick auf Polen oder Ungarn ausdrücklich mit einem Ja zu beantworten war, stellte sich die Lage in der DDR noch etwas anders dar. Zwar konstatierte man, dass die Wirtschaft der DDR „auf Grund verschiedener Faktoren unter allen Staaten Osteuropas die positivste Entwicklung genommen“ habe, jedoch war auch offenkundig, dass „in letzter Zeit verstärkt Probleme“ aufgetreten waren. Dennoch hatte sich die DDR-Führung ihr „Superioritätsgefühl gegenüber den ‚Bruderländern‘“ erhalten und neben Rumänien auf die „Herausforderung Gorbatschow“ am „zurückhaltendsten“ reagiert. Während dieser kritisch über die „Fehler der Vergangenheit“ sprach, strich die Ost-Berliner alte Garde die „Zufriedenheit mit dem Erreichten“ heraus. Die Notwendigkeit eines Wechsels in der überalterten Führung „war „evident“. Wann und in welcher Form dieser stattfinden würde war aber genauso unabsehbar wie dessen Auswirkungen auf die künftige Ausrichtung des ostdeutschen Regimes. Vor dem Hintergrund „eines kontinuierlichen Zunehmens an Protestpotential unter den DDR-Bürgern“ erschien gerade dies „von größter Relevanz“. Dennoch blieb der Ballhausplatzes bei der Überzeugung: „Trotz der Unzufriedenheit weiter Kreise der Bevölkerung wird die DDR ihre Stabilität beibehalten.“¹⁷ Österreichs Botschafter in Ost-Berlin, Franz Wunderbaldinger, meinte sogar, die „entwickelte innere Sicherheit in der DDR garantiere die innere Stabilität voraussichtlich noch auf Jahre hinaus. Allenfalls wird punktuell auf kulturellem Gebiet zeitweilig das Ventil geöffnet.“¹⁸

Zu Beginn des Jahres 1989 deutete demnach zunächst nichts auf rasante Veränderungen in der DDR hin. Nachdem Wirtschaftsminister Robert Graf bereits im Jänner die DDR besucht hatte, wurde anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse der Import von „hochveredelten Konsumgütern im Wert von über 1 Milliarde Schilling“ vereinbart. Diese Erzeugnisse sollten bereits vor den „Kommunalwahlen“ in der DDR im Mai in den Verkauf gelangen. Die österreichische Konsumgüterindustrie sollte also die „Wahlzuckerln“ der SED herstellen.¹⁹

Die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 wurden von der SED in gewohnter Manier zur Akklamation der von ihr aufgestellten Kandidaten inszeniert. Neben allerlei Maßnahmen zur „Hebung der Stimmung“ wurden auch mehr als eine Million Wahlveranstaltungen durchgeführt. Bereits im Rahmen dieser wurde Kritik am Wahlsystem geübt, was unter anderem zur Umbesetzung einiger Kandidatenlisten führte. Als Egon Krenz am Wahlabend das übliche Ergebnis von fast 99 % Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von ebenfalls fast 99 % verkündete, war das Entsetzen über die unveränderte Vorgehensweise der SED groß, gleichzeitig war aber auch klar, dass man die Wahlfälschung diesmal zweifelsfrei belegen konnte. Darauf folgten erste Demonstrationen, in den Wochen danach

17 Information, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 11. November 1988, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1988, GZ. 701.03/19-II-3/88.

18 Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 7. Dezember 1988, Zl. 274-RES/88, BMEIA, ÖB Berlin (Ost) RES 1988 (1–6), Karton 22.

19 Graf, Österreich und das „Verschwinden“ der DDR, 222–223.

wurden erste Dokumentationen über das Ausmaß der Wahlfälschung veröffentlicht. Fortan war jeder gesellschaftliche Protest mit einem Verweis auf die gefälschten Ergebnisse verbunden. Diese verfolgten die SED fortan und auch bisher linientreue Bürger hinterfragten stärker als bisher die Vorgehensweise der Einheitspartei.²⁰ Botschafter Wunderbaldinger maß der „Wahlfälschung“ anfangs offenbar keine große Bedeutung bei und erwartete zunächst keine Auswirkungen auf die Stabilität der DDR: „Die Pressestimmen in der BRD werden in einigen Tagen verstummen und der Markstein des 7. Mai wird in das historische Gedenkjahr 1989 eingetragen werden. [...] Alles in allem kann gesagt werden, dass die DDR mit ihrem zur Verfügung stehenden Wirtschafts- und Sicherheitsinventarium die Zeit bis zum XII. Parteitag im Mai 1990 hinhaltend zurücklegen wird können. Zu jenem Zeitpunkt allerdings wird eine Veränderung in politischer, personeller, wirtschaftlicher und auch sozialer Hinsicht unumgänglich notwendig sein, um die laufend beschworene Stabilität dieses einzigen deutschen Ideologiestaates sicherzustellen.“²¹

Am Wiener Ballhausplatz wurden die „Wahlfarce“ vom Mai und die daraus resultierenden Proteste in der DDR aufmerksam registriert und zunehmend wurde erkennbar, dass eine Wachablöse in der DDR-Führung überfällig war. Sorgen bereiteten vor allem die Wirtschaftsdaten, die eine Fortsetzung der bisher dogmatisch verfochtenen „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ fraglich erschienen ließen. Neue Weichenstellungen erwartete man dennoch frühestens auf dem nächsten Parteitag der SED, der zu diesem Zeitpunkt für Mai 1990 geplant war. Vor dem Hintergrund der rasch fortschreitenden Reformen in Polen und Ungarn hielt man mit Blick auf die deutsche Teilung weitsichtig fest: „Generell steht [die] DDR vor dem Problem, dass politische Reformen tendenziell [ihre] nationalstaatliche Identität gefährden.“²² Weitere Proteste folgten, als die SED-Führung das Massaker am Tiananmen-Platz rechtfertigte. Fortan traute man auch dieser eine „chinesische Lösung“ im Umgang mit sich massenhaft artikulierender Opposition zu.²³ Zudem wuchs die Ausreisebewegung – nicht zuletzt infolge des Abschlussdokuments des im Jänner 1989 zu Ende gegangenen Wiener KSZE-Folgetreffens – weiterhin stetig an und suchte nach einem Ventil, das eben an den Außengrenzen der DDR (noch) nicht zu finden war. Daran änderte auch die höhere Zahl der genehmigten Ausreisen im Frühjahr 1989 nichts. Das

20 Zu Vorbereitung, Ablauf und Fälschung der „Kommunalwahlen“ im Mai 1989 in der DDR siehe: Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR* (München: Beck, 2009), 318–333.

21 Botschafter Franz Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 10. Mai 1989, Zl. 91-Res/89, BMEIA, ÖB Berlin(Ost) RES-1989 (1–10), Karton 24.

22 Information. Osteuropa; aktuelle Lagebeurteilung, gezeichnet Ernst Sucharipa, Wien, 8. Juni 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 713/6-II.3/89.

23 Zur Reaktion auf die „chinesischen Ereignisse“ siehe Kowalczyk, *Endspiel*, 337–343. Siehe zudem Bernd Schäfer, Die DDR und die „chinesische Lösung“. Gewalt in der Volksrepublik China im Sommer 1989, in: Martin Sabrow (ed.), *1989 und die Rolle der Gewalt* (Göttingen: Wallstein, 2012), 153–172.

Wiener Schlussdokument hatte überdies zur Folge, dass nach einem weiteren Todesfall an der Berliner Mauer schließlich im Frühjahr 1989 der Schießbefehl de facto ausgesetzt wurde. Dadurch konnten bereits vor der „friedlichen Revolution“ 400 Personen über die deutsch-deutsche Grenze fliehen.²⁴ Innenpolitisch hatte es in der DDR also just im 40. Jahr ihres Bestehens wieder einmal zu brodeln begonnen. Viele DDR-Bürger waren nun schlichtweg nicht mehr gewillt, im SED-Staat auszuharren oder diesen aktiv herauszufordern, sondern sie suchten verstärkt nach einem Ausweg aus diesem. Während im bilateralen Verhältnis zu Österreich alles seinen normalen Gang ging, begann an der österreichisch-ungarischen Grenze der Anfang vom Ende der bereits ins Wanken geratenen DDR.

IV. Die Grenzöffnung im Kontext der Langzeitentwicklungen und ihre direkten Folgen

Die Öffnung der Grenze zwischen Österreich und Ungarn im September 1989 gehört zu den am besten aufgearbeiteten Kapiteln der Geschichte des Jahres 1989.²⁵ Dennoch werden der Beitrag dieser Entwicklungen und die Rolle Österreichs auf dem Weg zur Öffnung der Mauer nach Ansicht des Autors mangels ausreichender Kontextualisierung nach wie vor unterschätzt. Bedeutende Aspekte der Vorgeschichte und unmittelbare Hintergründe werden oftmals ausgeblendet. Daher wird an dieser Stelle wieder zu einer Rückblende auf die Langzeitentwicklungen ausgeholt.

Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn entwickelten sich in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einem Paradebeispiel der europäischen Entspannung im Kalten Krieg. Ausdruck fand dies nicht nur in zahlreichen Staatsbesuchen, sondern in ihrer besonderen Qualität, die das zwischen westlichen und Warschauer-Pakt-Staaten übliche Maß bei Weitem überstieg. Die seit 1964 beständig verbesserten Beziehungen führten auch zu einer – im Vergleich zu anderen Abschnitten der den Kontinent teilenden Ost-West-Grenze – entspannten

24 Anja Hanisch, *Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung* (München: Oldenbourg, 2012), 373–374; Walter Süß, *Die Wiener KSZE-Folgekonferenz und der Handlungsspielraum des DDR-Sicherheitsapparates 1989*, in: Matthias Peter/Hermann Wentker (eds.), *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990* (München: Oldenbourg, 2012), 219–231; Erhard Crome/Jochen Franzke, *Die SED-Führung und die Wiener KSZE-Konferenz 1986 bis 1989. Dokumente aus dem Parteiarchiv*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993) 8, 905–914.

25 Zur Grenzöffnung grundlegend Andreas Oplatka, *Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze* (Wien: Zsolnay, 2009). Zu den Ereignissen 1989 im deutsch-österreichisch-ungarischen Kontext zuletzt Michael Gehler, Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90, in: Andrea Brait/Michael Gehler (eds.), *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2014), 135–162.

Lage am Eisernen Vorhang. Grenzüberschreitender Verkehr, wechselseitiger Tourismus, aber auch regionale Ost-West Kooperationen hatten sich beständig intensiviert. Eine wichtige Vorbedingung hierfür war die Entschärfung der Lage an der Grenze. Nach zahlreichen Zwischenfällen in den 1960er-Jahren war die Grenze ab 1971 endgültig entmint. Und mit Anfang 1979 trat ein Abkommen über den visafreien Reiseverkehr in Kraft. Dies war ein von Österreich seit langem verfolgtes Ziel, das nach Kreditgewährungen durch Österreich Realität wurde und den wechselseitigen Reiseverkehr deutlich ausweitete. Insgesamt bildete sich ein Verhältnis heraus, das das Niveau der Beziehungen Österreichs zu vielen westlichen Staaten bereits überstieg. Grundlage hierfür war nicht nur das im Vergleich zu anderen Staaten entspannte Verhältnis an der Grenze, sondern auch der als „Gulaschkommunismus“ bekannt gewordene – und von Österreich wohlwollend bewertete – ungarische, etwas lockerere Weg im sozialistischen Lager sowie die in den 1980er-Jahren einsetzenden, zunächst vor allem wirtschaftlichen Reformen. Ab 1988 erhöhte sich das Tempo der Veränderungen in Ungarn dann rasant. Ausdruck hierfür war auch die seit Jahresbeginn gewährte Reisefreiheit.²⁶

Ab dem 1. Jänner 1988 hatte jeder ungarische Staatsbürger Anspruch auf den sogenannten „Weltpass“. Mit dem „Weltpass“ konnte man das Land jederzeit, ohne die früheren Einschränkungen verlassen und, was im Ostblock ebenfalls nicht selbstverständlich war, man durfte auch jederzeit wieder zurückkehren. Bisher nicht bekannt war, dass das ungarische Politbüro die Frage der Reisefreiheit ausgehend von dem österreichischen Ansinnen, ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr zu schließen, diskutierte.²⁷ Ein solches Abkommen wurde mit der Gewährung der Reisefreiheit überflüssig. Bald entstand ein echter Reiseboom. Bereits im Jahr 1988 überschritten Millionen Ungarn die Grenze zu Österreich und nutzten ihre Ausflüge in den Westen primär zum Einkaufen. Der Einkaufstourismus hatte neben dem grenznahen Gebiet größtenteils Wien zum Ziel. Die relativ plötzlich über Wien hereinbrechende Welle von Ungarn soll dazu geführt haben, dass die bekannte Wiener Einkaufsstraße namens „Mariahilferstraße“ von spöttelnden Einheimischen als „Magyarhilferstraße“ bezeichnet wurde. Am stärksten betroffen war aber das Burgenland. Ohne diesen zwei Jahrzehnte andauernden Prozess, der zu einer zunehmend durchlässiger werdenden Grenze führte, sind die rasanten Entwicklungen des Jahres 1989

26 Maximilian Graf, Ein Musterbeispiel der europäischen Entspannung? Die österreichisch-ungarischen Beziehungen von 1964 bis 1989, in: Csaba Szabó (ed.), *Österreich und Ungarn im 20. Jahrhundert* (Wien: Institut für ungarische Geschichtsforschung, 2014), 261–280; Tamás Baranyi/Maximilian Graf/Melinda Krajczar/Isabella Lehner, A Masterpiece of European Détente? Austrian-Hungarian Relations from 1964 until the Peaceful End of the Cold War, in: *Zeitgeschichte* 41 (2014) 5, 311–338.

27 Dazu mehr bei Maximilian Graf, Eine neue Geschichte des „Falls“ des Eisernen Vorhangs. Die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze 1989 in Langzeitperspektive und ihre unmittelbaren Folgen für die DDR, in: *Jahrbuch für Mitteleuropäische Studien 2014/2015* (Wien: new academic press, 2016), 347–371.

nicht zu verstehen. Endgültig möglich wurden sie schließlich nicht zuletzt aufgrund der innerungarischen politischen Veränderungen. Im Frühjahr wurde nach vorheriger Ankündigung im Rahmen eines Treffens der Regierungschefs Miklós Németh und Franz Vranitzky mit dem Abbau der technischen Grenzsperren an der österreichisch-ungarischen Grenze begonnen. Die Bilder von den Abbrucharbeiten, von Alois Mock und Gyula Horn bei der inszenierten Durchschneidung des Eisernen Vorhangs und jene vom sogenannten „Paneuropäischen Picknick“ im August 1989 waren hochgradig dafür verantwortlich, dass sich die Fluchtbewegung der DDR-Bürger ausweitete. Am 11. September 1989 öffnete Ungarn schließlich die Grenze und Österreich unterstützte die Aus- und Weiterreise der DDR-Bürger in die Bundesrepublik.²⁸

An dieser Stelle erscheint es geboten, einen Blick auf die ostdeutsche Perzeption der Vorgeschichte und der Entwicklungen des Jahres 1989 zu werfen. Bereits Anfang der 1970er-Jahre hatte man in Ost-Berlin sorgenvoll auf die Situation an der österreichisch-ungarischen Grenze geblickt. Im Zuge der Verhandlungen über die Regelung des deutsch-deutschen Verhältnisses 1972 befürchtete man, die Zusammenarbeit an diesem Abschnitt des Eisernen Vorhangs als Beispiel für die Grenzsituation zwischen der Bundesrepublik und der DDR vorgehalten zu bekommen. Der 1979 zwischen Österreich und Ungarn in Kraft getretene visumsfreie Reiseverkehr wurde durch die Stasi argwöhnisch verfolgt. Während Ungarn die DDR über die gute Entwicklung informierte und eine weitere Forcierung des Reiseverkehrs anstrebte, blieb man in Ost-Berlin skeptisch. Bezeichnenderweise hatte man in Budapest freimütig bekannt: „Vielfach machen uns Staatsbürger einiger sozialistischer Länder mehr Schwierigkeiten als die Österreicher.“²⁹

Die 1989 offenkundig werdende beginnende politische Transformation Ungarns und den Abbau des Eisernen Vorhangs zu Österreich sah die SED als Beweis dafür, dass Ungarn für die „Sache des Sozialismus“ verloren sei. Als Erich Honecker in der Sitzung des SED-Politbüros vom 15. Juni 1989 „die Befürchtung“ äußerte, „daß die Entwicklung in Ungarn nicht mehr aufzuhalten ist“ und „Ungarn weiter in das bürgerliche Lager abgleiten“ werde,³⁰ war dies nur der Endpunkt einer zunächst schleichenden, sich aber ständig beschleunigenden Entwicklung.³¹ Das bevorstehende Szenario der Grenzöffnung blieb der SED

28 Ausführlich dazu Maximilian Graf, *Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – die Grenze wird zum Abbild der Veränderung*, in: Maximilian Graf/Alexander Lass/Karlo Ruzicic-Kessler (eds.), *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert* (Wien: Neue-Welt-Verlag, 2012), 135–179, hier 145–178.

29 *Ibd.*, 143–144, für das wörtliche Zitat 144.

30 Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 15. Juni 1989, Aufzeichnungen von Egon Krenz, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (BArch), Berlin (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/2.039/74, Bl. 24.

31 Die Beziehungen zwischen der DDR und Ungarn sind bisher kaum Gegenstand der wissenschaftlichen Aufarbeitung geworden. Vgl. zu diesem Faktum: Hermann Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989* (München:

ebenfalls nicht verborgen. Frank und frei hatten die Ungarn der in Agonie verfallenen SED-Führung erklärt, dass die zigtausenden DDR-Flüchtlinge in Ungarn eine unhaltbare Situation darstellten, diese aber keinesfalls in die DDR zurückgeschickt würden und man daher die Grenze öffnen werde. Dies bedeutete nichts anderes, als dass Ungarn „alle DDR-Bürger nach Österreich ausreisen lassen würde, die durch ein Einreisevisum auf ihrem Reisedokument nachweisen können, daß sie in Österreich aufgenommen werden“.³² Zudem hatte der ungarische Außenminister Gyula Horn in einem Gespräch mit DDR-Außenminister Oskar Fischer darauf hingewiesen, dass Ungarn „auch nicht zum früheren Grenzregime gegenüber Österreich zurückkehren könne“, da es die „große Bedeutung der Beziehungen zu Österreich“ berücksichtigen müsse.³³

Fünf vor Zwölf dachte das SED-Politbüro noch über ein direktes Herantreten an Österreich nach.³⁴ Eine entsprechende Intervention fand aber nicht mehr statt.³⁵ Österreich hatte zu diesem Zeitpunkt bereits in Absprache mit der Bundesrepublik und Ungarn seine volle Unterstützung bei der Ausreise der DDR-Bürger zugesagt. Um die – trotz allem – guten Beziehungen zur noch gänzlich unreformierten DDR nicht zu gefährden und die bilateralen Verträge einzuhalten, fand man eine „sehr österreichische“ Lösung. In jeden Ausweis eines Flüchtlings wurde von den Grenzbeamten ein loses Blatt mit Visumsstempel eingelegt und der Name des Flüchtlings vermerkt, damit war die Einreise genehmigt.

Oldenbourg, 2007), 528–529. Die vom Autor dieses Beitrags durchgearbeiteten Akten Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED bieten jedenfalls ein deutliches Bild einer sich seit den 1970er-Jahren abzeichnenden „Entfremdung“: SAPMO-BArch, DY 30/12636; SAPMO-BArch, DY 30/12637; SAPMO-BArch, DY 30/12626.

32 Vermerk über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED, Genossen Günter Mittag, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989, gezeichnet Schindler, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 5. September 1989 (= Protokoll Nr. 35/89), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3238, Bl. 30–34. Zum SED-internen Umgang mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs durch Ungarn Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates* (Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1996), 91–109, hier insbesondere 92–98; Gereon Schuch, „Verleumdung, Beleidigung und grobe Einmischung“. Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im Herbst 1989 im Spiegel der SED-Akten, in: *Deutschland Archiv* 32 (1999) 2, 242–253, hier 242–243.

33 Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Oskar Fischer, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Gyula Horn, am 31. August 1989, gezeichnet Schindler, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 5. September 1989 (= Protokoll Nr. 35/89), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/3238, Bl. 34–39.

34 Siehe hierzu die Aufzeichnungen von Egon Krenz über die betreffende Sitzung: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/77, Bl. 1–5.

35 Zumindest konnte bisher kein derartiges Dokument in den Archiven ausfindig gemacht werden. Auch Botschafter Friedrich Bauer bestätigte im Gespräch mit dem Autor, dass er über ein Herantreten der DDR an Österreich in diesem Zusammenhang auf seinem Posten in Bonn informiert worden wäre.

Das Einlegeblatt wurde an der Grenze zur Bundesrepublik wieder herausgenommen. Dem Visumsabkommen mit der DDR war damit genüge getan.³⁶ Damit hatten sich die seit den 1970er-Jahren vorhandenen schlimmsten Befürchtungen der DDR bewahrheitet. Dennoch erfolgten keine direkten Angriffe auf Österreich. Medial wurden in gewohnter Manier die Bundesrepublik und diesmal auch Ungarn attackiert.³⁷ Und auch Österreich war um Schadensbegrenzung bemüht. Insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen sollten trotz der sich zuspitzenden Krise der DDR keine Einschränkung erfahren. Dafür war aber auch ein gutes bilaterales Verhältnis notwendig, das nach der österreichischen Unterstützung bei der Ausreise der DDR-Bürger nicht mehr gesichert scheinen konnte. Bereits inmitten der sich Mitte August akut zuspitzenden „Flüchtlingskrise“ wollte Bundeskanzler Vranitzky im Rahmen eines privaten DDR-Besuchs am 25. September das direkte Gespräch mit Honecker suchen.³⁸ Dieser war aber krank und schlussendlich sagte Vranitzky seinen Besuch reichlich kurzfristig am 22. September, also erst mehr als eine Woche nach der Grenzöffnung, ab.³⁹ Jeder Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik wurde kategorisch in Abrede gestellt. Agenturmeldungen gingen vom Gegenteil aus. Vermutlich wollte Vranitzky in Anbetracht der sich beschleunigenden Ereignisse die weitere Entwicklung abwarten – denn bereits nach der Grenzöffnung ging in Europa das „Gespenst der deutschen Wiedervereinigung“ um.⁴⁰

36 Oplatka, *Riß*, 195; Gehler, Bonn – Budapest – Wien, 147–149; Helene Thiesen, „Einreise-sichtvermerk“ – Hilfe für DDR-Flüchtlinge, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (ed), *Verfreundete Nachbarn. Deutschland – Österreich* (Ausstellungskatalog) (Bonn/Bielefeld: Kerber, 2005), 220–221.

37 Aktenvermerk, Gesandter Ernst Sucharipa, Wien, 11. September 1989, 217-Res/89, GZ. 43.02.40/13–11.3/89, BMEIA, ÖB Berlin(Ost) RES-1989 (1–10), Karton 24.

38 Über telefonisches Ersuchen der außenpolitischen Beraterin von Bundeskanzler Vranitzky, der Gesandten Eva Nowotny, meldete der Ballhausplatz am 18. August 1989 nach Ost-Berlin: „Der Herr Bundeskanzler wird am 25.9.1989 gegen 13.00 Uhr mit einem Privatflugzeug in Berlin eintreffen. Er folgt einer Einladung der Nationalgalerie anlässlich des Ankaufs eines Bildes von Adolf Frohner. Der HBK wäre daran interessiert, am 25.9.1989 zwischen 14.00 und 16.00 Uhr mit Staatsratsvorsitzendem Honecker und Minister Beil zu Gesprächen zusammenzutreffen. Botschaft wird ersucht, entsprechende Termine zu vereinbaren und ehestmöglich über Ergebnis diesbezüglicher Bemühungen drahtzuberichten.“ ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol, GZ.518.01.12/1-II.3/89.

39 „Botschaft wird ersucht, zuständigen DDR-Stellen mitzuteilen, daß der HBK bedauert, auf Grund anderweitiger Verpflichtungen nicht zu dem für 25.9.1989 geplanten Privatbesuch in die DDR kommen zu können. Botschaft wolle den HBK insbesondere bei Minister Beil für die Absage des vereinbarten Gesprächstermins entschuldigen.“ Sucharipa an ÖB Berlin (Ost), Wien, 22. September 1989 (Depesche 5504), Gegenstand: (privater) Besuch des HBK in der DDR; Absage, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.01.12/2-II.3/89.

40 Graf, *Österreich und die DDR 1949–1989/90*; id. Österreich und das „Verschwinden“ der DDR, 234–235.

V. „Mauerfall“ und „Wiedervereinigung“: Die Haltung Österreichs bis Ende 1989

Während Österreichs Botschafter in Bonn und Ost-Berlin die Ansicht vertraten, dass „niemand in politischer Verantwortung“ eine „Wiedervereinigung“ anstreben würde, sah der in der Zentrale am Ballhausplatz in der Abteilung „Grundsatzfragen“ tätige Thomas Nowotny Anzeichen dafür. Über die DDR urteilte er, dass es zwar eine gewisse „Heimatverbundenheit“ gebe, eine „Nationalität“ habe sich aber nicht herausgebildet, und auf Dauer erwartete er, dass die soziale Sicherheit keine ausreichende Klammer darstellen würde. Für ihn stand daher die „Wiedervereinigung“ zukünftig „sehr wohl auf der politischen Tagesordnung beider deutscher Staaten“. Der Westen konnte seiner Ansicht nach formell nichts dagegen einwenden, auch wenn „natürlich niemand“ eine „Wiedervereinigung“ wollte. Da diesbezügliche Ressentiments allerdings nicht offen ausgesprochen wurden, sprach Nowotny von „eine[r] uneingestandene[n] stumme[n] Furcht“. Zwar teilte er die auch im Westen gehegten grundsätzlichen Befürchtungen vor einem geeinten Deutschland nicht, seine Analyse nahm aber das sich nach dem „Mauerfall“ offenbarende Szenario sehr treffend vorweg.⁴¹ Seitens des Leiters der Ostabteilung des Ballhausplatzes, Ernst Sucharipa, wurde Nowotnys „Essay“ als „Gespensterbahnfahrt“ bezeichnet. Er sah darin eine Verniedlichung der „Dimension eines aus der BRD und DDR bestehenden Deutschlands“, dem „in Ost- (und wohl auch West-) Europa“ weiterhin die „Furcht“, „dass ein solches Gebilde in eine europäische Friedensordnung nicht integriert werden kann“ entgegenstünde. „Deutschland-politische Veränderungen, die über ‚Wandel durch Annäherung‘ hinausgehen“ waren für Sucharipa nicht „ohne Auseinandersetzung mit Moskau“ denkbar. Zudem vertrat er die Ansicht: „Trotz der publizitätswirksamen Absetzbewegungen aus der DDR [...] gibt es ein nicht ganz zu unterschätzendes ‚DDR-Nationalbewusstsein‘ und Stolz in [sic! auf] die Leistungen des ‚eigenen‘, ‚anderen‘ deutschen Staates. Die schweigende Mehrheit ist auch in der DDR eine Mehrheit. Auch die sich langsam formierenden Oppositionsgruppen wollen ihre DDR (reformieren und rundum erneuert, aber abgegrenzt von der BRD) erhalten.“⁴²

Klar war aber, dass sich die DDR nunmehr dem Wandel in Osteuropa nicht mehr entziehen konnte. Noch vor der Ablöse Honeckers stellte sich die Lage

41 Information. Das Gespenst der deutschen Wiedervereinigung, Thomas Nowotny, Wien, 19. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/4-II.6/89. Auch Nowotnys Einschätzungen zur Rolle und Entwicklung eines vereinigten Deutschlands haben sich nach heutigem Kenntnisstand als sehr treffend erwiesen. Siehe dazu ausführlicher und für die wörtlichen Zitate: Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, 427–430.

42 „Deutsche Wiedervereinigung? Zur Gespensterbahnfahrt der Abteilung II.6.“ Ernst Sucharipa, 20. September 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/5-II.3/89. Sucharipas Aktenvermerk wurde nicht verteilt.

in der DDR wie folgt dar. Auch wenn die Staats- und Parteiführung der DDR seit Jahren „jeden Reformbedarf“ bestritten hatte, war sie nun gezwungen zu reagieren:

„Das nachlassende Wirtschaftswachstum, das das ideologische Axiom der ‚Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ zunehmend in Frage stellt, die immer offensichtlicher notwendige Generationenablöse an der Parteispitze und die Attraktivität der Reformpolitik in einzelnen Paktstaaten (v. a. Polen und Ungarn), deren Entwicklung über das BRD-Fernsehen weiten Teilen der Bevölkerung ins Haus geliefert wird, haben innerhalb der SED offenbar schon vor einigen Monaten zu der Erkenntnis geführt, dass eine flexiblere Antwort gefunden werden muss. Man begnügte sich allerdings mit dem Versuch, den Status quo ‚gefälliger zu verpacken‘ (‚Sozialismus in den Farben der DDR‘).“⁴³

Aus Sicht der österreichischen Diplomatie hatte die SED-Führung gehofft, damit bis zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestags des Bestehens der DDR am 7. Oktober 1989 und wenn möglich bis zum für Mai 1990 geplanten Parteitag durchzuhalten. Nun stand fest: „Dieses Kalkül ist nur beschränkt aufgegangen.“ Dafür war nicht zuletzt die anhaltende Fluchtbewegung verantwortlich:

„Im Gefolge der ungarischen Entscheidung, ausreisewilligen DDR-Bürgern die Weiterreise über Österreich in die BRD zu gestatten, bekam die Fluchtbewegung eine starke Eigendynamik. Die illegale Ausreise von 50.000 Menschen innerhalb von fünf Wochen brachte einen Erklärungsbedarf für die DDR-Führung, der angesichts des Überwiegens junger, also in der DDR aufgewachsener Menschen, einer Bankrotterklärung des Systems gleichkam.“⁴⁴

Man war der Ansicht, dass die Fluchtbewegung und das immer aktivere Auftreten von Oppositionsgruppen in der sich beschleunigenden „friedlichen Revolution“ „erstaunlich rasch zu wenigstens beschränkter Dialogbereitschaft auf mittlerer Parteiebene geführt“ habe. Noch schien der Ausgang offen, auch wenn die Tage der SED zunehmend gezählt schienen, hielt man in Wien mit Blick auf die Haltung der Opposition zumindest einen Fortbestand der DDR für wahrscheinlich. Klar war aber: „Die Absicherung der staatlichen Identität hängt jedoch davon ab, ob es zu ausreichend tiefgreifenden Reformen kommt.“⁴⁵

Da es in der DDR nicht so weitergehen konnte wie bisher rollten im Oktober reihenweise die Köpfe. Die am 18. Oktober erfolgte Ablöse von Erich Honecker, dem sein „politischer Ziehsohn“ Egon Krenz nachfolgte, und vom Hauptverant-

43 Situation in Osteuropa, Kurzinformation, Wien, 12. Oktober 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ.713/24-II.3/89

44 Situation in Osteuropa, Kurzinformation, Wien, 12. Oktober 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ.713/24-II.3/89

45 Situation in Osteuropa, Kurzinformation, Wien, 12. Oktober 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ.713/24-II.3/89

wortlichen für die Wirtschaft Günter Mittag⁴⁶ wurde am Ballhausplatz als „die Rettung der DDR vor dem totalen Verfall“ gewertet. Auch wenn die Zukunft alles andere als klar war, rechnete man zunächst mit einer raschen Erholung und damit, dass die DDR „ein noch viel bedeutsamerer Partner für Österreich als in der Vergangenheit werden könnte“ – wie die Stasi treffend zusammenfasste.⁴⁷ Da die Demonstrationen aber anwuchsen, wurden die Einschätzungen der österreichischen Diplomatie zur von Krenz verkündeten „Wende“ in der DDR zunehmend pessimistischer. Hauptgrund hierfür war sein Festhalten am Führungsanspruch der SED. Aufgrund der jüngsten Demonstrationen bezweifelte man, „ob dieser Kurs einer beschränkten Liberalisierung und deutlich eingegrenzter Reformen noch lange haltbar“ sein würde. Daher vertrat man die Ansicht, dass nur rasche tiefgreifende Reformen und die Zulassung eines echten politischen Pluralismus die Aufrechterhaltung eines zwar grundlegend geänderten aber doch eigenständigen und eigenstaatlichen Gesellschaftssystems in der DDR ermöglichen könnten.⁴⁸

Die österreichischen Medien, allen voran *Die Presse*, stellten schon im Oktober (verstärkt nach der Ablöse Honeckers) die weitere Existenz der DDR in Frage. Bereits vor der Maueröffnung wurden mögliche Folgen einer „Wiedervereinigung“ thematisiert. So sorgte man sich um die Überforderung der Bundesrepublik mit der anhaltenden Fluchtbewegung, die wirtschaftliche Bewältigung eines möglichen Beitritts der DDR zur Bundesrepublik durch eine frei gewählte ostdeutsche Regierung sowie um die Konsequenzen, die dem östlichen Teil Deutschlands daraus erwachsen würden (neuartige wirtschaftliche Konkurrenzsituation, Abwanderung der qualifiziertesten Kräfte etc.). Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 begrüßte Herausgeber Otto Schulmeister mit „Gott – welch ein Augenblick! Unser aller Herz hat das verspürt“, in den Folgetagen wurde rasch klar, dass die weitere Entwicklung eine weltpolitische Dimension haben würde und auch einer dementsprechenden Lösung bedürfe. Im jüngsten österreichischen Qualitätsmedium *Der Standard* hatte Josef Kirchengast bereits vor den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR vom „Leichenschmaus“ einer geschlossenen Gesellschaft gesprochen. Vom Wiederauftauchen der deutschen Frage zeigte man sich zunächst eher unangenehm berührt und verwies vor allem auf die alliierte Verantwortung für Deutschland. Den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs sollte es vorbehalten bleiben, über die Zukunft Deutsch-

46 Hierzu zuletzt Andreas Malycha, *Die SED in der Ära Honecker. Machtstrukturen, Entscheidungsmechanismen und Konfliktfelder in der Staatspartei 1971 bis 1989* (München: Oldenbourg, 2014), 389–408.

47 Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Berlin, Ministerium für Staatssicherheit (MfS), A 239/89, Bd. 11, Bl. 334–335.

48 DDR; zur Situation nach dem Moskau-Besuch Egon Krenz und den Massendemonstrationen vom 4. November 1989, Amtsvermerk, Ernst Sucharipa, Wien, 6. November 1989, GZ. 43.03.00/10-II.3/89, BMEIA, ÖB Berlin (Ost) RES-1989 (1–10), Karton 24.

lands zu entscheiden. Unsicherheit herrschte vor allem darüber, wie die DDR-Führung mit den zunehmenden Protesten verfahren würde. Die „chinesische Lösung“ blieb als schlimmste Befürchtung präsent. Nach den anhaltenden Protesten war bald klar, dass auch Egon Krenz' Tage gezählt sein würden. Insbesondere nach der Maueröffnung zeigte sich immer deutlicher – wenn auch nicht offen – eine sorgenvolle Haltung angesichts der Möglichkeit einer bevorstehenden „Wiedervereinigung“.⁴⁹

Nach dem geschlossenen Rücktritt des SED-Politbüros und der DDR-Regierung am 7. und 8. November bei gleichzeitiger Fortdauer der friedlichen Demonstrationen hoffte man seitens der österreichischen Botschaft Berlin am 9. November auf die Aufrechterhaltung eines labilen Gleichgewichts in der Krisensituation.⁵⁰ Noch in derselben Nacht erfolgte aber die in dieser Form unbeabsichtigte Öffnung der Mauer,⁵¹ wodurch abermals eine neue Situation eintrat. Vor dem Hintergrund der Maueröffnung mahnte die österreichische Botschaft in Ost-Berlin nun an:

„Im Hinblick auf die zu erwartende wirtschaftliche Intensivierung der Rolle Österreichs als kleines Industrieland bei einer umgestalteten DDR sowie auch darauf, dass Österreich die besondere Stellung zur DDR im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verspielen darf, muss unbedingt ins Kalkül gezogen werden, dass die österreichische Haltung in der für die hiesigen Menschen so ungeheuer wichtigen Reisefrage eine Visitenkarte für die Zukunft der beiderseitigen Beziehungen sein wird.“⁵²

Das Anliegen hatte einen konkreten Grund, denn bereits am 15. November stand in Wien das allesentscheidende Qualifikationsspiel zwischen Österreich und der DDR für die Fußballweltmeisterschaftsendrunde in Italien 1990 an. Da die Botschaft mit einem starken Reisedrang ostdeutscher Schlachtenbummler rechnete, ersuchte sie den Ballhausplatz, „eine kurzfristige, unbürokratische und möglichst liberale Lösung“ zu schaffen.⁵³ Tatsächlich kam eine bisher ungekannte Zahl von Anhängern der DDR-Equipe nach Wien und musste mitansehen, wie Österreich auf dieser Spielwiese des österreichisch-ostdeutschen Verhältnisses bereits so kurz nach dem Mauerfall das Ende der DDR besiegelte. Die österreichische Fußball-Nationalmannschaft besiegte die Auswahl der DDR und qualifizierte sich dadurch für die Endrunde in Italien 1990. Hauptverantwort-

49 Ines Lehmann, *Die deutsche Vereinigung von außen gesehen. Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse*, 3 Bände (Frankfurt am Main et al.: Lang, 1997), 116–123.

50 10. Tagung des Zentralkomitees des SED: 1. Tag, Depesche Botschafter Franz Wunderbaldinger und Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 9. November 1989, BMEIA, ÖB Berlin(Ost) RES-1989 (1–10), Karton 24.

51 Mary Elise Sarotte, *The Collapse. The Accidental Opening of the Berlin Wall* (New York: Basic Books, 2014).

52 Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 10. November 1989, 267-RES/89, ÖB Berlin(Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.

53 Gesandter Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 10. November 1989, 267-RES/89, ÖB Berlin(Ost), RES-1989 (1–10), Karton 24.

lich für den 3:0-Sieg zeichnete Anton „Toni“ Polster, der das Spiel mit einem Triplepack zum letzten Bewerbungsspiel der DDR machte.⁵⁴ Zu diesem Zeitpunkt konnte freilich keiner wissen, dass die DDR zu Beginn der nächsten anstehenden Qualifikation für eine Endrunde bereits Geschichte sein sollte. Spätestens nach dem Mauerfall war die deutsche Frage aber endgültig wieder auf der Tagesordnung der internationalen Politik gelandet und verlangte nach einer Positionierung. Bereits am 10. November informierte der Ballhausplatz seine Auslandsvertretungen über die vorläufige Haltung Österreichs:

„Insgesamt ist festzustellen, dass die westeuropäischen Staaten die Opportunität einer deutschen Wiedervereinigung mit großer Reserve beurteilen. Die USA stehen einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten deutlich positiver gegenüber. Welche Lösungen für die deutsch-deutsche Frage gefunden werden (Weiterbestehen eines zweiten deutschen Staates jedoch mit demokratischen Strukturen, föderale Lösung, Wiedervereinigung), ist nicht abzusehen. Das Thema der Wiedervereinigung wird aber mit großer Wahrscheinlichkeit die europäische Politik in den kommenden Jahren beschäftigen und beeinflussen.

Nur für den Fall, dass die Botschaft in dieser Frage angesprochen werden sollte, wolle sie sich dahingehend vernehmen lassen, dass das Recht auf Selbstbestimmung, für das Österreich uneingeschränkt eintritt, selbstverständlich auch für die Bevölkerung in der DDR zu gelten hat. Jede Veränderung im deutsch-deutschen Verhältnis sollte jedoch so erfolgen, dass der Prozess der Entspannung und der Frieden in Europa nicht gefährdet [werden].“⁵⁵

Was die deutsche Einheit anging, rechnete man also noch in Jahren. Die zukünftige Entwicklung der DDR war jedoch akut unsicher. Den Oppositionsgruppen der DDR traute man anfangs jedenfalls keine politische Rolle zu und zunächst schien die deutsche Einheit in der DDR auch kein Thema. Auch der Bundesrepublik attestierte die österreichische Diplomatie, noch keine Antwort auf die in der DDR eingetretenen Veränderungen zu haben. Jedoch schien es dort, als ob man wie selbstverständlich davon ausging, dass alle DDR-Bürger die Einheit wollten. Mit Blick auf die bilateralen Beziehungen erwartete man konkret eine noch weitergehende Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen: „Österreich hat heute die Chance, seine besondere Stellung in der DDR mit diesem Neubeginn weiter aus-

54 Ausführlicher und breit kontextualisiert zu diesem Spiel Georg Spitaler, Das Endspiel. Österreich-DDR 3:0. 15. November 1989, Wien – Praterstadion, in: Matthias Marschik (ed.), *Sternstunden der österreichischen Nationalmannschaft. Erzählungen zur nationalen Fußballkultur* (= Österreichische Kulturforschung 8; Wien/Berlin/Münster: Lit-Verlag, 2008), 161–173; sowie zudem Maximilian Graf, „Ösis“ versus „Ossis“ – Österreich gegen die DDR. Zur Länderspielgeschichte der anderen österreichisch-deutschen Fußballkonkurrenz, in: Johannes Gießauf/Walter Iber/Harald Knoll (eds.), *Fußball, Macht und Diktatur. Streiflichter auf den Stand der historischen Forschung* (= Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Institutes für Kriegsfolgen-Forschung 22; Innsbruck: StudienVerlag, 2014), 207–227, hier 223–227.

55 Debatte über die deutsche Wiedervereinigung, Information und Sprachregelung, Johann Plattner, Wien, 10. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/8-II.1/89.

zubauen.“⁵⁶ Man glaubte also zunächst jedenfalls an einen Fortbestand der DDR und wollte das bilaterale Verhältnis sogar noch weiter intensivieren.

Trotz der österreichischen Mitwirkung an der Grenzöffnung scheint es, dass auch die SED-Führung die Beziehungen zu Österreich in gewohnter Manier fortsetzen wollte. Noch am 24. Oktober stimmte das Politbüro einer Reise von Ministerpräsident Willi Stoph zu einem Arbeitsbesuch in Österreich, mit dem Zweck der Unterzeichnung des jährlichen Wirtschaftsabkommens, zu. Günter Mittag, der üblicherweise diese Aufgabe wahrgenommen hatte, war bereits gemeinsam mit Honecker entmachtet worden.⁵⁷ Stoph trat aber am 8. November mit dem gesamten Politbüro zurück und legte auch seine Funktion als Ministerpräsident nieder. Die Reise nach Österreich fand nicht mehr statt. Sein Nachfolger Hans Modrow hatte alle Hände voll zu tun, um eine neue Regierung zu bilden und die Situation im Lande unter Kontrolle zu halten. Daher war er vermutlich froh, dass Vranitzky auf seine Einladung hin⁵⁸ rasch in die DDR reiste. Am 24. November – also nur zwei Wochen nach dem Mauerfall – war es so weit. Außenminister Mock wurde über den kurzfristig anberaumten Arbeitsbesuch, im Rahmen dessen das „Rahmenabkommen über wirtschaftliche Kooperation“ unterzeichnet werden sollte, „courtoisiehalber“ sofort informiert.⁵⁹ Für Modrow selbst hatte der Besuch Vranitzkys jedenfalls sogar Priorität vor einer von Egon Krenz erbetenen Besprechung der DDR-Politik gegenüber der Bundesrepublik und West-Berlin mit Valentin Falin.⁶⁰

Der bisherigen Entwicklung der österreichisch-ostdeutschen Beziehungen nach zu urteilen, könnte man seinen Besuch als rein wirtschaftlich motiviert bezeichnen, was auch der Eindruck vieler zeitgenössischer Beobachter war.⁶¹ Der

56 Hans Modrow und seine Mannschaft; Neue Regierung in der DDR (Info), Wunderbaldinger und Graf an Außenamt Wien, Berlin (Ost), 17. November 1989, BMEIA, ÖB Berlin (Ost) RES-1989 (1–10), Karton 24.

57 Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 24. Oktober 1989 (Protokoll Nr. 45/89), SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2354, Bl. 10.

58 Eva Nowotny an Botschafter Wunderbaldinger, Wien, 21. November 1989, in: Folder „HBK in Berlin 24. 11. 1989“, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „Staatsbesuche 1991, 1988“.

59 Handschriftliche Notiz: „Bitte courtoisiehalber Büro Mock ü[ber] DDR-Reise informieren. Noch Vormittag.“, in: Folder „HBK in Berlin 24. 11. 1989“, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, Karton „Staatsbesuche 1991, 1988“.

60 Krenz notierte: „Ich habe Modrow eingeladen, an der Begegnung teilzunehmen. Der Regierungschef soll in diesen wichtigen Kontakt, den ich wahrnehme einbezogen werden. Er hat jedoch Gespräche mit dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky. Deshalb kommt er erst einige Stunden später in diese Runde.“ Egon Krenz, *Herbst '89* (Berlin: Neues Leben, 31999), 310. Die bisher umfassendste Rekonstruktion zur DDR-Außenpolitik 1989/90 erwähnt den Besuch nicht einmal. Siehe Ines Lehmann, *Die Außenpolitik der DDR 1989/90* (Baden-Baden: Nomos, 2010).

61 So hier ungenannt bleibende ranghohe österreichische Diplomaten im privaten Gespräch und auch der Journalist Ewald König in einem Statement sowie im Gespräch mit dem Autor im Rahmen der Konferenz „Vor 25 Jahren: Der Kreml und der Fall des Eisernen Vorhangs“, die von 23. bis 25. Oktober 2014 an der Diplomatischen Akademie in Wien

Besuch des ersten westlichen Regierungschefs bei der Regierung Modrow kann allerdings alleine aufgrund seiner Außenwirkung nicht auf dieses Motiv reduziert werden. Daher dürfte sein Besuch mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand, der im Dezember selbst die DDR besuchte, abgestimmt gewesen sein. Ja, der französische Staatschef – der (auch wenn seine Haltung historiografisch umstritten ist)⁶² keineswegs ein Freund einer raschen „deutschen Einheit“ war – soll Vranitzky sogar zu dem Besuch ermutigt haben. Im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik scheint es durchaus Personen gegeben zu haben, die den Besuch aufgrund des möglichen Erkenntnisgewinns über die neue DDR-Führung für nützlich hielten. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl soll ihn jedoch nicht zuletzt wegen der Absprache mit Mitterrand mit „Befremden“ aufgenommen haben.⁶³

Endgültige Klarheit darüber, mit wem der Besuch abgestimmt war, gibt es bis heute nicht und wird es aufgrund der dürftigen Aktenlage auch in Zukunft vermutlich nicht geben. 25 Jahre nach dem Mauerfall erklärte Vranitzky (der sich zuvor nur ungern an den Besuch erinnern wollte) gegenüber *Die Presse am Sonntag*, dass er sich im Vorfeld des Besuchs, da er keinesfalls die Deutschlandpolitik seines Amtskollegen Helmut Kohl stören wollte, telefonisch mit ihm beraten und nach seiner Meinung dazu gefragt hatte. Darauf soll der bundesdeutsche Kanzler gesagt haben: „Ich bitte dich, mach das auf alle Fälle. Der Modrow ist einer, mit dem man über die Zukunft reden kann.“⁶⁴ Diese Version wiederholte er auch im Rahmen einer Fernsehdiskussion, in der er betonte, dass Modrow den Besuch dringend wollte. Zudem hielt er fest, dass man zu diesem Zeitpunkt nicht wissen konnte, wie es mit der DDR weitergehen würde. Noch deutlicher als im oben zitierten Interview kam zum Ausdruck, wie sehr seine „Ostpolitik“ nüchternpragmatisch von wirtschaftlichen Motiven geleitet war. Von diesem Standpunkt ausgehend war sein Besuch bei Modrow nur logisch.⁶⁵ Kohls außenpolitischer

statt fand. König publiziert derzeit eifrig zu dieser Thematik und wird auch seine diesbezüglichen zeitgenössischen Berichte und seine Erinnerungen in Buchform publizieren. Bisher erschienen: Ewald König, *Kohls Einheit unter drei. Weitere deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten* (Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag, 2014); id., *Menschen Mauern Mythen. Deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten* (Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag, 2014).

62 Zur Argumentation einer Strategie die sowohl das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen anerkannte und gleichzeitig nach einem stabilen Ablauf im europäischen Rahmen verlangte Frédéric Bozo, *Mitterrand, la diplomatie française et la fin de la guerre froide* (Paris: Odile, 2005); Tilo Schabert, *Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit* (Stuttgart: Klett-Cotta, 2002); dagegen mit Blick auf das Deutschlandbild Mitterrands in Langzeitperspektive Ulrich Lappenküper, *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx* (München: Oldenbourg, 2011).

63 Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, 431.

64 „Kohl sagte: ‚Ich bitte dich, mach das‘“, Interview von Oliver Pink mit Franz Vranitzky, in: *Die Presse am Sonntag*, 1./2. November 2014, 4–5, für das wörtliche Zitat 4.

65 Im Zentrum, ORF 2, 9. November 2014, 22 Uhr.

Berater Horst Teltschik (einer der ersten Chronisten der deutschen Einheit)⁶⁶ äußerte sich dazu in der Zeitschrift *profil* folgendermaßen: „Also an Ärger Kohls kann ich mich nicht erinnern. Dieser Besuch war aber wenig hilfreich für unsere Verhandlungen. Wir wussten, dass die DDR praktisch bankrott und alleine nicht überlebensfähig war. Das war ja auch unser Hauptargument gegenüber der sowjetischen Führung. Die DDR brauchte dringend finanzielle Hilfe. Doch dazu hätten die Mittel in Österreich sicher nicht ausgereicht.“⁶⁷

Anlässlich des Besuchs Vranitzkys in der DDR hielten die Analysten der Stasi-Nachfolgebehörde, des Amts für Nationale Sicherheit, fest: „Aus politischen, historischen und ökonomischen Gründen wende sich Österreich gegen ein ‚Wegreformieren‘ der DDR und die Entstehung eines ‚Großdeutschland‘, dessen potentielle Dominanz für das Kräftegleichgewicht in Europa unkalkulierbare Folgen hätte.“ Als einzige Ausnahme von dieser Tendenz sah man Außenminister Alois Mock.

„Die Vorstellungen von Außenminister Mock, der sich insgesamt stark an die Auffassungen von Bundeskanzler Kohl anlehne, würden von anderen ÖVP-Politikern sowie Führungskreisen des ÖVP-Wirtschaftsbundes nicht geteilt. Von diesen Kräften werde befürchtet, daß eine Unterstützung der BRD-Politik in Richtung Wiedervereinigung letztendlich die Position Österreichs in Europa schwächen und negative Folgen für die Wirtschaft Österreichs haben werde – aufgrund der Verlagerung ökonomischer Interessen der BRD von Österreich auf die DDR.“⁶⁸

Damit war ein recht treffliches Bild der österreichischen Haltung gezeichnet. Die Furcht vor einer Verschlechterung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie möglichen Auswirkungen auf die eigenen EG-Beitrittsambitionen waren in Österreich augenscheinlich vorhanden. Das Stattfinden und der Verlauf des Besuches schienen die DDR-Einschätzung zu bestätigen. Durch das erneut unterzeichnete jährliche Wirtschaftsabkommen war Österreich hier mit der DDR weiter als jeder andere westliche Staat. Im Gespräch mit Modrow hielt Vranitzky zur Haltung Österreichs betreffend eine „Wiedervereinigung“ fest: „Österreich betrachte dies primär als eine Entscheidung, die von den deutschen Staaten zu treffen sei, und würde auch diese Entscheidung respektieren. Andererseits müsse man aber auch den gesamteuropäischen Zusammenhang und in diesem Sinne auch die Beschlüsse der KSZE über die Stabilität in Europa in Betracht ziehen.“⁶⁹

66 Horst Teltschik, 329 *Tage. Innenansichten der Einigung* (Berlin: Siedler, 1991).

67 Interview von Otmar Lahodynsky mit Horst Teltschik, in: *Profil*, 20. Oktober 2014, 65.

68 Amt für Nationale Sicherheit, Nr. 508/89, Information über aktuelle österreichische Einschätzungen zur Lage der DDR und zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen Österreich-DDR, Berlin, 24. November 1989, BStU, MfS, ZAIG Nr. 5759, Bl. 1–4, 5–8; sowie auch BStU, MfS, ZAIG Nr. 8420, Bl. 1–4. Für eine ausführlichere Befassung mit diesem Schlüsseldokument siehe Graf, *Österreich und die DDR*, 590–592; id., *Österreich und das „Verschwinden“ der DDR*, 236–238.

69 Zum Besuch siehe ausführlicher Gehler, *Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands*, 430–435. Aktenvermerk; Betreff: Gespräche des Herrn Bundeskanzler mit Mi-

Vranitzky führte während des Besuchs auch Gespräche mit der Opposition und mit dem West-Berliner Bürgermeister Walter Momper von der SPD.⁷⁰ Das Gespräch mit dem zaudernden Momper, der lange an einen Fortbestand der DDR glaubte und nicht von einer „Wiedervereinigung“, sondern vom „Wiedervereinigungsgequatsche“ sprach,⁷¹ dürfte Vranitzky in seiner auf Fortbestand ausgerichteten Haltung gegenüber der DDR eher bestärkt haben.

Am 28. November 1989 präsentierte Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag sein Zehn-Punkte-Programm, das einen Fahrplan für einen über Zwischenschritte zu erreichenden möglichen Weg zur deutschen Einheit entwarf. Kohl selbst dachte dabei an einen Jahre dauernden Prozess.⁷² Der Ballhausplatz fasste das Programm zusammen und urteilte, dass sich dieser „Vorstoß“ Kohls „aus innenpolitischen Gründen [...] als zweckmäßig erwiesen haben“ mag, jedoch „vom Standpunkt der Europa-Politik aus gesehen [...] wohl eine vorsichtigere, zuwartende Haltung der Bonner Regierung wünschenswert gewesen“ wäre. „Gorbatschow wäre nicht durch die Problematik der deutschen Wiedervereinigung zusätzlich belastet worden und den westlichen Verbündeten der BRD wäre mehr Zeit für eine Koordinierung ihrer Haltung zur Verfügung gestanden.“ Die Sowjetunion hatte bereits zuvor „klar gegen eine Wiedervereinigung Stellung genommen“. Für Egon Krenz stand die Wiedervereinigung „nicht zur Debatte“. Der polnische Premierminister Tadeusz Mazowiecki soll die Frage als „nicht aktuell“ bezeichnet haben, Lech Wałęsas Reaktion war angeblich „[s]ehr ablehnend“. Auch die grundsätzlich positiv zur deutschen Einheit eingestellten USA waren von Kohls Initiative überrascht worden und schwiegen anfänglich dazu. Über die weiteren ersten internationalen Reaktionen wurde festgehalten, dass Margaret Thatcher meinte: Die „Frage wird sich erst in einigen Jahren stellen“. Abschließend hielt der Ballhausplatz fest: „Bei allen westeuropäischen Staaten ist eine gewisse Zurückhaltung in der Frage unverkennbar, wenngleich sich keiner dieser Staaten offen gegen eine Wiedervereinigung ausgesprochen hat.“⁷³

nisterpräsident Modrow, 24. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.01.12/89.

70 BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 5723; BStU, MfS, ZOS, Nr. 1099, Bl. 10–13.

71 Zur Haltung Mompers Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990* (München: Beck, 2009), 411–421. Für die Wendung „Wiedervereinigungsgequatsche“ siehe: Berlin im November 1989; Das Ende der Idylle; Neue Chancen und Probleme; Gespräch Bundeskanzler F. Vranitzky mit dem Regierenden Bürgermeister W. Momper am 24. November 1989, Generalkonsulin Gabriele Matzner an BMAA, Berlin (West), 27. November 1989, BMEIA, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ 518.01.13/1-II.1/89.

72 Dazu relativ rezent mit Blick auf die Rolle und das Denken Kohls Hans-Peter Schwarz, *Helmut Kohl. Eine politische Biographie* (München: Pantheon, 2014), 527–535, insbesondere 533–535. Zusammenfassend von einer „nationalen Wende“ sprechend Andreas Rödder, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung* (München: Beck, 2009), 137–142.

73 BRD-DDR; Programm zur deutschen Wiedervereinigung, Information für den Herrn Bundesminister, Johann Plattner, Wien, 29. November 1989. ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/18-II.1/89.

Am 29. November sprach der sowjetische Botschafter in Österreich, Genadi S. Schikin, bei Außenminister Mock vor. Auf das Zehn-Punkte-Programm Kohls eingehend, sprach er von „eine[r] unzulässige[n] Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“ die „potentiell das sicherheitspolitische Gleichgewicht“ gefährde. Dem hielt Mock entgegen:

„Wenn es der DDR-Führung gelänge, eine Identität zwischen den Wünschen der Bevölkerung und der Regierungspolitik herzustellen, so werde die Frage der Wiedervereinigung nicht aktuell sein; wenn jedoch der Eindruck (ob zu Recht oder zu Unrecht) bestünde, dass der Prozess der Demokratisierung eingeschränkt und die SED-Führungspolitik künstlich aufrecht erhalten bleibe, dann bestehe die Gefahr, dass die Diskussion über eine Wiedervereinigung emotionell geführt werde und nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden könne. Der 10-Punkte-Plan BK Kohls könne aber als Versuch gewertet werden, eine sonst unkontrolliert verlaufende Strömung in der politischen Willensbildung aufzufangen.“⁷⁴

Außenminister Mock unterstützte Kohls Programm auch öffentlich. Dies dürfte nicht zuletzt an der Kooperation zwischen den christdemokratisch-konservativen Parteien gelegen haben. Von Seiten der SPÖ war die Reaktion verhaltener. Klubobmann Heinz Fischer mahnte zur Zurückhaltung bei Äußerungen zur „Wiedervereinigung“, gegenüber der in weiten Kreisen ein gehöriges Maß an Skepsis fortbestanden haben dürfte.⁷⁵

Für Österreichs Botschafter in Bonn Friedrich Bauer waren die „Zehn-Punkte“ eine „defensiv motivierte – innenpolitische Flucht nach vorne“ die „augenblicklich geglückt“ war. Kohl hatte klare Forderungen an die DDR gerichtet, die Voraussetzung für eine Annäherung und westdeutsche Hilfe waren. Die zurückhaltenden bis offen skeptischen, ja sogar warnenden westlichen Reaktionen verunsicherten Bonn jedoch. 40 Jahre hatte sich die Bundesrepublik demokratisch bewährt und ihre Partner hatten zumindest rhetorisch am Selbstbestimmungsrecht der Deutschen festgehalten. Nun da dieses zum Thema wurde, blieb die westeuropäische Unterstützung dafür aus. Botschafter Bauer dazu: „Außenstehendem Beobachter drängt sich zynischer Gedanke auf, dass man angesichts solcher Verbündeter keinen Feind zu fürchten hat.“⁷⁶ Sowohl die innere Entwicklung der DDR, als auch die internationalen Reaktionen waren vorerst noch unabsehbar. Die „Zehn-Punkte“ wurden aber durchaus auch als Versuch gewertet, den Wiedervereinigungsgedanken in die DDR hineinzutragen. Mit Distanz von mehr als einer Woche wurde am Ballhausplatz zusammenfassend festgehalten: „Der Charakter der Reaktionen der westlichen Staaten auf

74 Österreich-Sowjetunion; Unterredung des Herrn Bundesministers mit Botschafter Schikin (29.11.1989), Aktenvermerk, Gesandter Sucharipa, Wien, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1989, GZ. 225.02.01/20-II.3/89.

75 Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, 435–437.

76 BRD; Deutschlandpolitische Erklärung des Bundeskanzlers am 28.11.1989 vor dem Bundestag (Info), Botschafter Friedrich Bauer und Wolfgang Loibl an Außenamt Wien, Bonn, 30. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/20-II.1/89.

das Programm Kohls ist von Zurückhaltung, einer gewissen Skepsis und gelegentlich einem Unterton des Unbehagens gezeichnet.⁷⁷

Mit Helmut Kohls Besuch in Dresden am 19. Dezember 1989 wurde auch offenkundig, wie viele Menschen in der DDR eine Einheit wünschten, und fortan war der bundesdeutsche Kanzler auch entschlossen, diese rasch anzustreben.⁷⁸ Für die österreichische Botschaft in Ost-Berlin war diese Entwicklung augenscheinlich. Sie hielt fest: „Die Verflechtung der beiden deutschen Staaten scheint unerschwerlich aber schon so weit gediehen zu sein, insbesondere wirtschaftlich, dass die Frage der Ein- oder Zweistaatlichkeit im Lauf der Jahre immer mehr zu einer hypothetischen Frage werden wird.“⁷⁹ Während Kohl in Dresden in der Menge badete, weilte Außenminister Alois Mock in Großbritannien. Er erinnert sich, dass ihn Margaret Thatcher fragte, was er „von der deutschen Wiedervereinigung“ halte. Mock „meinte, dass wir froh sein könnten, wenn ein Volk, das zwei Generationen lang getrennt gewesen war, derart friedlich“ zusammenfinde. Allerdings sagte er „auch, dass alles das, das möglicherweise aus dieser Vereinigung entstünde, für Europa und den Frieden gefährlich werden könnte“.⁸⁰ Im Vergleich zu seinen öffentlichen und gegenüber dem sowjetischen Botschafter getätigten Aussagen, schwang hier doch eine gewisse Sorge mit. Im Rahmen der Delegationsgespräche betonte Österreich das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, hielt aber fest, dass eine Vereinigung im Rahmen des europäischen Friedensprozesses erfolgen müsse. Daraufhin erklärten die Briten:

„Die britische Haltung entspreche im großen und ganzen der österreichischen. Britischerseits sei man aber besorgt, daß sich die Wiedervereinigung über den Druck der Straße und emotional bedingt vollziehen könnte, ohne daß der Westen oder der Osten etwas dagegen unternehmen kann und daß vor allem die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion *via facti* unberücksichtigt bleiben. Dies könnte die Stellung Gorbatschows und den europäischen Friedensprozeß gefährden. Nach britischer Meinung sollten Garantien für die Oder-Neiße-Linie abgegeben werden. Die britische Regierung halte sich mit Kritik an Bundeskanzler Kohl aus Solidaritätsgründen mit der CDU zurück und überlasse die Kritik Frankreich und Holland.“⁸¹

77 Information für den Herrn Bundesminister. Programm Bundeskanzler Kohls zur deutschen Einigung; Reaktion der westlichen Staaten, Johann Plattner, Wien, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/41-II.1/89.

78 Rödter, *Deutschland*, 142–146.

79 Dresdner Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsidenten Modrow (Info), Wunderbaldinger an Außenamt Wien, Berlin (Ost), 21. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 22.17.01/57-II.3/89.

80 Für Mocks Erinnerungen an sein Gespräch mit Thatcher über die deutschen Einheit siehe das Zeitzeugengespräch von Helmut Wohnout und Michael Gehler: Alois Mock, „... die Interessen unseres Landes vertreten“, in: Helmut Wohnout (ed.), *Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich* 5 (Wien: Böhlau, 2001), 39–63, hier 54.

81 Information. Betreff: Besuch des HBM in Großbritannien (19.–21.12.1989); Gespräch Ges. Plattner mit Abteilungsleiter Synnott, Wien, 22. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA; II-Pol 1989, GZ. 518.02.25/11-II.1/89.

Viel deutlicher konnte man britischerseits die mannigfaltigen Vorbehalte gegenüber der deutschen „Wiedervereinigung“ nicht zum Ausdruck bringen. Noch geschah dies hinter verschlossenen Türen, auch wenn insbesondere Thatchers Haltung kaum jemandem verborgen blieb. Anfang 1990 machte sie unter Verweis auf die Position Gorbatschows ihre Ansicht öffentlich, „dass die deutsche Einheit kein Thema sein dürfe“.⁸² Just in den darauf folgenden Wochen begann aber in der sowjetischen Führung ein Umdenkprozess, der immer stärker von der Einsicht geprägt war, dass die deutsche Einheit nicht aufzuhalten sei und man wenigstens Profit aus dieser schlagen sollte.⁸³ Noch hoffte man den Prozess der Vereinigung zumindest hinauszögern zu können.⁸⁴

VI. Österreich und die deutsche Einheit 1990

Nach dem Vranitzky-Besuch im November und ungeachtet der inneren Entwicklung der DDR sowie der internationalen Diskussion über die Frage der „Wiedervereinigung“ hatte die DDR-Führung auf die rasche Realisierung eines Gegenbesuchs von Modrow in Wien sowie auf eine weitere Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen gedrängt.⁸⁵ Dies war Teil der immer verzweifelter werdenden Versuche, auf außenpolitischem Terrain Unterstützer der Eigenstaatlichkeit der DDR zu finden.⁸⁶ So informierte der DDR-Botschafter in Österreich, Klaus Wolf, den Ballhausplatz, dass das potentiell „kontroversielle“ Thema der Wiedervereinigung bei Kohls Dresden-Besuch „ausgeklammert worden“ sei und sich nach DDR-Analyse aus Mitterrands Aussagen bei seinem DDR-Besuch schließen lässt, „dass Frankreich am Fortbestehen der DDR – bei aller Annäherung BRD-DDR – interessiert sei“.⁸⁷ Bei der österreichischen Wirtschaft stieß die ihre Eigenstaatlichkeit betonende DDR auf offene Ohren. Ihre Vertreter bekundeten gegenüber der DDR konsequent das Interesse an einem Fortbestand des

82 Klaus-Rainer Jackisch, *Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung* (Frankfurt: Societäts-Verlag, 2004), 68–69. Siehe den Beitrag von Hinnerk Meyer in diesem Band.

83 Kurz und prägnant dazu György Dalos, *Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie* (München: Beck, 2011), 215–217.

84 Stefan Karner/Mark Kramer/Olga Pavlenko/Peter Ruggenthaler/Manfred Wilke, Der Kreml und der deutsche Vereinigungsprozess 1989/90, in: Stefan Karner et al. (eds.), *Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990* (Berlin: Metropol, 2015), 13–108, hierzu 58–60.

85 Besuch des stv. AM der DDR, Kurt Nier, 30.11/1.12.1989; Zusammenfassung der Arbeitsgespräche, Sucharipa, Wien, 7. Dezember 1989, ÖStA, AdR, BMAA; II-Pol. 1989, GZ. 502.16.24/22-II.3/89.

86 Eine umfassende Analyse der Außenpolitik der Regierung Modrow steht noch aus. Siehe zusammenfassend Lehmann, *Außenpolitik*, 59–64.

87 Vorsprache von DDR-Botschafter Wolf am 4. Jänner 1990, Amtsvermerk, Botschafter Erich Maximilian Schmid, Wien, 9. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 43.02.01/1-II.SL/90.

ostdeutschen Staates.⁸⁸ Die Wiener Diplomatie äußerte sich Anfang des Jahres 1990 gegenüber der DDR dahingehend, dass Österreich „sehr daran interessiert [sei], daß diese Prozesse ruhig verlaufen und sich in den europäischen Rahmen einordnen“. Österreich sei „gegen [eine] rasche Vereinigung“.⁸⁹ In den Berichten nach Wien mahnte man aber seit Jahresbeginn ein, dass es wichtig wäre, nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Kontakte zur DDR zu pflegen, sondern auch die, die ostdeutsche Gesellschaft direkt betreffenden Felder bedienen müsste – nicht zuletzt da der Bevölkerung das Vertrauen in ihre derzeitige politische Führung fehle. Der „Runde Tisch“ in der DDR war ins Stocken geraten, was die österreichische Diplomatie auf den bereits einsetzenden ersten echten Wahlkampf in der DDR zurückführte. Zudem hielt man einen Sturz der Regierung Modrow für jederzeit möglich.⁹⁰

Die Vorbereitungsmaterialien für Modrows Gegenbesuch in Österreich, der bereits am 26. Jänner 1990 stattfand, zeigen ebenfalls deutlich, dass man seitens der DDR von einem starken österreichischen Interesse am Erhalt der DDR ausging. Auch die österreichischen Sorgen bezüglich der möglichen Rückwirkungen auf die eigenen EG-Beitrittsambitionen waren bewusst. In diesem Zusammenhang wollte man kalmierend wirken.⁹¹ Zudem beschworen DDR-Vertreter Österreich, das wirtschaftliche Feld nicht alleine der Bundesrepublik zu überlassen⁹² – eine Aufforderung, der man während des erneut stark wirtschaftlich geprägten Besuch Modrows in Wien gerne nachkam. Jedoch sollten auch neue Felder in den Beziehungen eine Belebung erfahren. So wurde beispielsweise die Aufhebung des Visumszwangs angestrebt und im Zuge des Besuchs auch vereinbart.⁹³

88 Information über ein Gespräch mit dem Handelsrat der Botschaft der Republik Österreich in der DDR, Herrn Stephan Kuzmich, am 18. Januar 1990 in Berlin, verfasst von Budig (Ministerium für Wissenschaft und Technik), Berlin, 22. Januar 1990, BACh, Abteilung DDR, DC/20/4961, Bl. 30.

89 Gesprächsempfehlungen. Antrittsbesuch des Botschafters der Republik Österreich, Dr. Erich Binder, beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Dr. Hans Modrow, am 24. Januar 1990, BACh, Abteilung DDR, DC 20/4961, Bl. 31.

90 „Runder Tisch“, weiter Schwierigkeiten (Info), Wunderbaldinger an BMAA, Berlin (Ost), 4. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1990, GZ. 43.03.00/3-II.3/90; Modrows Lage der Nation (Info), Wunderbaldinger und Graf an BMAA, Berlin (Ost), 11. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/4-II.3/90; DDR; Besuch von MP Modrow in Österreich (26.1.1990) Vorbereitung (Info), Botschafter Erich Binder und Graf an BMAA, Berlin(Ost), 19. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/6-II.3/90.

91 Fischer übersandte diese an Modrow, Berlin, 23. Januar 1990, BACh, Abteilung DDR, DC 20/4961, Bl. 17. Siehe dazu mehr im Beitrag von Michael Gehler in diesem Band.

92 Gespräch mit Staatssekretär im MFAA Krolkowski (Info), Telefax Botschafter Binder an Außenamt Wien, Berlin (Ost), 23. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.18.01/2-II.3/90.

93 Zum Besuch ausführlicher Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, 437–443; sowie Graf, *Österreich und die DDR*, 596–601; id., *Österreich und das „Verschwinden“ der DDR*, 238–240.

Als das Gespräch der Regierungschefs auf die Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten kam, verhielt sich Bundeskanzler Vranitzky angesichts der fortschreitenden Entwicklung bei gleichzeitig noch unklarer Haltung der Sowjetunion vorsichtig: „Falls sich die Deutschen für eine Vereinigung der beiden Staaten entscheiden sollten, so müsse man das respektieren. Österreich sei aber an solchen Rahmenbedingungen interessiert, die Europa nicht in Gefahr bringen und das bestehende Gleichgewicht nicht zerstören. Ein zu schneller Ablauf der Ereignisse würde jedoch ein solches Risiko in sich bergen. Alles müsse unter europäischen Aspekten beurteilt werden.“⁹⁴ Das klang doch sehr ähnlich wie bei Mitterrand. Etwas anders gestaltete sich das im Zuge des Modrow-Besuchs stattgehabte Gespräch der Außenminister Oskar Fischer und Alois Mock. Fischer hatte einige Tage zuvor im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse erfahren, dass Gorbatschow grundsätzlich der deutschen Einheit zustimme.⁹⁵ Daher unterstrich er gegenüber Mock, „dass es zur Vereinigung kommen werde; sie müsse in die Überwindung der europäischen Spaltung eingebettet sein“. Damit war Mock vermutlich der erste westliche Außenminister, der in dieser Deutlichkeit informiert wurde. Über die

94 12. Sitzung des Ministerrates vom 1. Februar 1990, BArch, Abteilung DDR, DC 20/I/3/2904, Bd. 1, Bl. 51–66, Bl. 57–62: Bericht über den Arbeitsbesuch des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Hans Modrow, am 26. Januar 1990 in der Republik Österreich.

95 Auch wenn Schewardnadse sinngemäß betonte, dass eigentlich niemand in Moskau oder im gesamten Europa ein Ende der deutschen Zweistaatlichkeit wollte, hielt er unmissverständlich fest, „daß die Sowjetunion den Deutschen keinesfalls das Recht auf Selbstbestimmung abspreche. Dieses Recht hätten die Deutschen in der DDR ebenso wie die Deutschen in der BRD. Ihr Wunsch nach engerer Zusammenarbeit und – wenn es die Deutschen so entscheiden – staatlicher Einheit werde respektiert, wobei es sich verstehe, daß Einheit entsprechende Bedingungen voraussetzt. Für die Sowjetunion sei z. B. ein Deutschland in der NATO nicht hinnehmbar. Gegenwärtig sei auch nicht zu erkennen, wie bei einem Verbleib der BRD in der NATO und der DDR im Warschauer Vertrag eine staatliche Einheit der Deutschen praktisch möglich sei. Und Neutralisierungsverfahren würden vielerorts abgelehnt, sie seien nicht real.“ Zitiert nach: Vier-Augen-Gespräch Oskar Fischers mit E. A. Schewardnadse anlässlich des Arbeitsbesuches des Ministers für Auswärtige Angelegenheit[en] der DDR in der UdSSR. Vermerk. [Auszug], 20. Januar 1990 (= Dokument 33), in: Lehmann, *Außenpolitik*, 441–443, für das wörtliche Zitat 441. Mit dieser Einschätzung war Schewardnadse den wenig später offenbarten Plänen Modrows um Welten voraus. Aus den bisher veröffentlichten sowjetischen Dokumenten wissen wir auch, dass Gorbatschow – erstmals dokumentarisch erwähnt – just während Modrows Wien-Besuch am 26. Jänner im Kreis der sowjetischen Führung von einer „Wiedervereinigung“ sprach, deren Realisierung es „in die Länge zu ziehen“ galt. Siehe: Diskussion der deutschen Frage im Beraterstab von Generalsekretär Gorbačëv am 26. Januar 1990. Erörterung der deutschen Frage im kleinen Kreis im Arbeitszimmer des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, 26. Januar 1990 (= Dokument Nr. 66), in: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (eds.), *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991* (München: Oldenbourg, 2011), 286–291. Ohne Angabe von Quellen und daher nicht nachprüfbar gibt György Dalos die Ausführungen Gorbatschows vom 26. Jänner als wörtliches Zitat mit noch eindeutiger Wortwahl wieder und interpre-

sich verändernde sowjetische Haltung zur deutschen Einheit, die fortan vor allem noch an der Frage der NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands und in weiterer Folge an dessen Gegenleistungen an Moskau hing, kann hier nicht näher eingegangen werden.⁹⁶ Ende Jänner 1990 jedenfalls vermeldete die österreichische Botschaft in Moskau nach Wien: „Sowjetischerseits scheint man erkannt zu haben, dass die ‚Zeit davonzulaufen drohe‘. Die Vereinigungstendenzen in der DDR werden überhand nehmen und die S[owjetunion] wird dies nolens volens zur Kenntnis nehmen müssen.“ Zu diesem Zeitpunkt ging man davon aus, dass die Sowjetunion so lange wie möglich an der „Eigenständigkeit der DDR“ festhalten werde; eine unflexible Position aber aufgrund der Entwicklungen in der DDR nicht auf Dauer durchzustehen sein werde. Daher würde Moskau die Vierzehn-Staaten-Verantwortung für Deutschland hervorkehren, hat aber „im Augenblick offensichtlich auf offizieller Ebene kein Konzept, wie diese mit dem Willen der Deutschen selbst zu vereinbaren ist.“⁹⁷ Damit hatte man den Nagel auf den Kopf getroffen.

Aufgrund der immer offenkundiger in Richtung deutsche Einheit weisenden Stimmung in der DDR-Bevölkerung lancierte Modrow Anfang Februar nach Rücksprache mit Moskau seinen bereits in Wien angedeuteten Plan einer Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten, der auch eine Neutralisierungsdimension hatte. Diese wurde im Westen abgelehnt und auch Österreich fühlte sich – erneut in einer „kleinen“ Modellfalldebatte angekommen – sichtlich unwohl.⁹⁸ Am Ballhausplatz war die Haltung dazu eindeutig. Nachdem der

tiert diese als Vorwegnahme des Endes der DDR. Dalos, *Gorbatschow*, 217: „Nun ist klar, dass die Vereinigung unvermeidlich ist, und wir haben kein moralisches Recht, uns ihr zu widersetzen. Unter diesen Bedingungen müssen wir maximal die Interessen unseres Landes verteidigen, die Anerkennung der Grenzen garantieren, einen Friedensvertrag mit dem Austritt der BRD aus der NATO oder mindestens mit dem Auszug der ausländischen Truppen und der Entmilitarisierung von ganz Deutschland erreichen.“

96 Siehe dazu rezent Wolfgang Mueller, *The USSR and the Reunification of Germany, 1989–90*, in: id./Michael Gehler/Arnold Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989. A Handbook* (Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2015), 321–353; id., *Die Lage gleitet uns aus den Händen: Motive und Faktoren in Gorbatschows Entscheidungsprozess zur Wiedervereinigung Deutschlands*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 39 (2016), 3–28; Stefan Karner et al. (eds.), *Der Krenl und die deutsche Wiedervereinigung 1990* (Berlin: Metropol, 2015); sowie den Beitrag von Andreas Hilger in diesem Band.

97 SU-DDR, *Einschätzung der derzeitigen Situation in der DDR durch SU-Aussenmin.*, *SU-Haltung zur deutschen Vereinigung* (Info), Telefax Botschaft Moskau an BMAA, Moskau, 30. Jänner 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1990, GZ. 22.17.01/12-II.3/90.

98 Gehler, *Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands*, 444–446; Oliver Rathkolb, *Deutsches Unbehagen an der Neutralität Österreichs 1955 und 1990*. Ein „unhistorischer“ Vergleich mit verblüffenden Parallelen, in: id./Georg Schmid/Gernot Heiß (eds.), *Österreich und Deutschlands Größe. Ein schlampiges Verhältnis* (Salzburg: Müller, 1990), 85–92. Zur Modellfall-Debatte 1955 siehe Michael Gehler, *Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955* (Innsbruck: Studien-Verlag, 2015).

sowjetische Botschafter Schikin gegenüber Mock die DDR-Konzeption als „realistisch“ bezeichnet und sich nach der Haltung Österreichs dazu erkundigt hatte, erwiderte der österreichische Außenminister, dass Österreich „für sich keine besondere Beziehung zu diesem Problem“ sehe, „welche über dessen Bedeutung für alle europäischen Staaten hinausgehen würde“. Mock vertrat die Ansicht: „Der Eindruck der Bevormundung der Deutschen müsse vermieden werden“. Stattdessen empfahl er die „Bereitschaft der BRD-Politiker“, den bestehenden „europäischen Rahmen zu beachten“, zu nutzen. Schikin sprach Mock daraufhin auf dessen „kritische Bemerkungen [...] zur Frage der Neutralisierung Deutschlands“ an „und wies darauf hin, daß die Sowjetunion den Eintritt der DDR in die NATO nicht hinnehmen könnte“. Mock „stimmte zu, daß keine Verschiebung des Gewichtes der militärischen Allianzen erfolgen sollte. Andererseits wäre eine Entlassung Deutschlands aus seinen Bindungen durch Neutralisierung gefährlich.“ Nachdem Schikin erneut „auf die Verantwortung der vier Alliierten“ hingewiesen hatte, plädierte Mock dafür, dass nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene „System der Patronanz über Deutschland in einen Status der Normalität“ zu überführen.⁹⁹

Modrows Plan wurde ohnehin rasch von den Entwicklungen überholt. Die Übersiedlerzahlen drohten zu einem echten Problem für die Bundesrepublik zu werden, weshalb man zunehmend auf eine rasche Realisierung der deutschen Einheit drängte. Mit dem Angebot einer Wirtschafts- und Währungsunion hatte man endgültig die Initiative übernommen. Ende Februar war die deutsche Einheit das wichtigste – ja nahezu alles bestimmende – internationale Gesprächsthema. Gleichzeitig gingen die Widerstände im Westen zurück. Die Sowjetunion hatte zwar noch keine definitive Haltung betreffend der Realisierung der deutschen Einheit eingenommen, jedoch bereits dem Zwei-plus-Vier-Prozess zugestimmt.¹⁰⁰ Nun war die österreichische Diplomatie davon überzeugt, dass die deutsche Einheit komme. Im Februar 1990 schätzte die österreichische Botschaft in Bonn ein, dass es „früher oder später“ im Jahr 1991 so weit sein würde.¹⁰¹ Die österreichische Botschaft in Ost-Berlin meldete nach Wien: „Kohl dränge mit sehr großem Tempo zur deutschen Einheit und es ist damit zu rechnen, dass diese noch heuer, spätestens aber nächstes Jahr verwirklicht werde.“¹⁰² Damit hatte man den zeitlichen Fahrplan recht gut erkannt.

99 Vorsprache des sowjetischen Botschafters beim HBM am 5. Feber 1990, Aktenvermerk, Erich Maximilian Schmid, Wien, 6. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/17-II.SL/90.

100 Dazu ausführlich in allen Facetten Rödder, *Deutschland*, 147–216.

101 BRD; Deutsche Einheit „2+4“ (Info), Telefax Botschafter Bauer und Wolfgang Loibl an BMAA, Bonn, [nach dem 21. Februar 1990], ÖStA, BMAA, II-Pol. 1990, GZ. 22.17.01/48-II.1/90.

102 Deutsche Einheit; die Kapitulation (der DDR) (Info), Telefax Lorenz Graf an BMAA, Berlin (Ost), 19. Februar 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.01/34-II.3/90.

VII. Österreichs Abschied von der DDR

Die ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 endeten (nach einem von den bundesdeutschen Parteien massiv mitgeprägten Wahlkampf) mit einem auch für Österreich überraschenden und überlegenen Sieg der von der Christlich-Demokratischen Union (CDU) geführten „Allianz für Deutschland“. Nach der Bildung einer breiten Koalition, die neben den Parteien der „Allianz“ auch den Bund der Freien Demokraten und die SPD umfasste, wurde Lothar de Maizière (CDU) am 12. April zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt. Nun waren in der DDR auch in politischer Hinsicht die Weichen ganz klar auf Einheit gestellt.¹⁰³ Dies war für die österreichische Diplomatie offenkundig.¹⁰⁴ Die Bundesrepublik registrierte die österreichische Haltung zur deutschen Frage Ende April nunmehr uneingeschränkt positiv und bekräftigte ihre Unterstützung für den von Österreich angestrebten EG-Beitritt – ein Drängen auf eine beschleunigte Behandlung des österreichischen Beitrittsgesuchs hielt man aber für unangebracht.¹⁰⁵

Als nächster Schritt der beiden deutschen Staaten folgte die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, die am 1. Juli 1990 in Kraft trat. Nach der Bildung der Regierung de Maizière begann der Abschied von den „anderen“ österreichisch-deutschen Beziehungen. Österreich musste sich in seinen Handelsbeziehungen, insbesondere in Zollfragen, auf die neuen Gegebenheiten nach Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion einstellen.¹⁰⁶ Sorgen der österreichischen Wirtschaftstreibenden, die durch den Wegfall der DDR-Geschäfte Einbußen befürchteten, sollten sich nicht bewahrheiten. Tatsächlich „profitierte Österreich von der westdeutschen Investitionswelle in die Infrastruktur der ehemaligen DDR“ in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre.¹⁰⁷

103 Treffend als „Volksentscheid“ zur deutschen Einheit titulierte, siehe hierzu das entsprechende Kapitel bei Rödder, *Deutschland*, 216–225. Die österreichische Diplomatie wertete den Wahlausgang als „Überraschung“ bzw. als „einen eindrucksvollen und in seiner Höhe überraschenden Sieg“ der „Allianz für Deutschland“. Siehe hierzu: DDR-Wahlergebnis (Info), Botschafter Binder an BMAA, Berlin (Ost), 19. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/12-II.3/90; Die Wahlen vom 18. März, Botschafter Binder an BMAA, Berlin, 21. März 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 43.03.00/16-II.3/90.

104 Information. Deutsche Einheit, Stand April 1990, gezeichnet Plattner, Wien, 2. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol. 1990, 22.17.01/97-II.1/90, BMEIA, ÖB Bonn RES-1990 (1–2), Karton 63.

105 Résuméprotokoll. Politischer Meinungsaustausch des HGS in Bonn (24.4.1990), gezeichnet Plattner, Wien, 26. April 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.17.1/119-II.1/90, BMEIA.

106 Siehe zur Sicht Österreichs ausführlicher Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, 447–449.

107 Felix Butschek, *Vom Staatsvertrag zur EU. Österreichische Wirtschaftsgeschichte von 1955 bis zur Gegenwart* (Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2004), 200.

Ein anderes Kapitel der Wirtschaftsbeziehungen hatte sich mit dem Ende der DDR noch keineswegs geschlossen: Die wirtschaftlichen Aktivitäten des Apparats der KPÖ im Zusammenhang mit der DDR. Die KPÖ war über die bevorstehende deutsche Einheit wie erwartet nicht erfreut und retrospektiv wurde von der „Preisgabe der DDR“ gesprochen.¹⁰⁸ Im Juni 1990 besuchte der Vorsitzende der SED-Nachfolgepartei, der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Gregor Gysi, Österreich. Einen Besuch Gysis im Juli 1990 bei der „Bruderpartei“ in Athen hatte *Der Spiegel* dahingehend gedeutet, dass es darum gegangen war, Geld zu parken.¹⁰⁹ Anzeichen über ein solches Ziel des Besuchs finden sich in dem ostdeutschen Bericht natürlich nicht. Jedoch wurde dort vermerkt: „Als ‚größter Schock‘ in der Partei wirkt nach wie vor die Entwicklung in der DDR.“¹¹⁰

Die Mitarbeiter des Finanzapparates der KPÖ – allen voran Rudolfine Steindling – sollen tatkräftig bei der Verschiebung des SED- und KoKo-Vermögens mitgeholfen haben. Aber auch die Namen des österreichischen Unternehmers Martin Schlaff und des letzten Außenhandelsministers der DDR Gerhard Beil wurden in diesem Zusammenhang regelmäßig genannt.¹¹¹ Bevor das Novum-Vermögen unter die Verwaltung der Treuhand gestellt werden konnte, wurden Millionen durch höchst verdächtige Transaktionen von Konto zu Konto verschoben. Schließlich wurden große Summen von der Österreichischen Länderbank in Wien in Bargeld ausbezahlt oder verschwanden dort in anonymen Anlageformen. In den 1990er-Jahren schien es lange Zeit so, als ob sich die deutsche Justiz auf Grund der hohen Übereinstimmung von Zeugenaussagen und zeitgenössischen Quellen dem Standpunkt der KPÖ anschließen würde, dass die Novum ihr Eigentum sei. Demgemäß entschied das Berliner Verwaltungsgericht im Dezember 1996. Nachdem neue Erkenntnisse aufgetaucht waren, die auf bewusste Manipulation von Beweisen hindeuteten, wurden in nächster Instanz im Jahr 2003 die Treuhanderklärungen stärker gewichtet. Das Urteil des Berliner Oberlandesgerichts sah nun den Beweis für die Eigentümerschaft der SED erbracht.¹¹² 2009 wurde der Rechtsstreit seitens der KPÖ endgültig beigelegt. Steindling zahlte im Rahmen eines Vergleichs 106 Millionen Euro an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), die dafür ihre Ansprüche ge-

108 Franz Muhri, *Kein Ende der Geschichte* (Wien: Globus, 1995), 67.

109 Andreas Stergiou, *Kommunistische Realpolitik. Das bizarre Verhältnis der SED zur Kommunistikó Kómma Elládas (1968–1989)*, in: Arnd Bauerkämper/Francesco di Palma (eds.), *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968–1989)* (Berlin: Ch. Links, 2011), 226–240, hier 239.

110 Zur Reise von Gregor Gysi in die Republik Österreich (5. bis 8. Juni 1990), Archiv des Parteivorstands Die Linke.

111 Für eine ausführliche Befassung mit diesem Komplex Andreas Förster, *Auf der Spur der Stasi-Millionen: die Wien-Connection* (Berlin: Argon, 1998), 185–251.

112 Siehe Malte Fischer, *Die Novum Handelsgesellschaft mbH im Wirtschaftsgeflecht DDR – Österreich*, in: Jochen Staadt (ed.), *Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten* (= Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin 18, Frankfurt am Main: Peter Lang, 2013), 227–275, hier 260–271; für das bei

gen Steindling fallen ließ. 128 Millionen Euro aus dem Novum-Vermögen plus Zinsen blieben verschwunden. Wer für diesen Schaden aufkommen müsse, darüber wurde bis 2013 in der Schweiz prozessiert. Im April 2013 fällt das Schweizer Obergericht des Kantons Zürich das rechtskräftige Urteil, dass die Länderbank die Behebung der Novum-Millionen nicht hätte zulassen dürfen. Während der 20 Jahre andauernden Prozesse wurde die damalige Länderbank von der Bank Austria übernommen, die inzwischen Teil der UniCredit-Gruppe geworden ist und nun inklusive Zinsen 254 Millionen Euro an die BvS zahlen muss.¹¹³

Nach den Volkskammerwahlen am 18. März und dem folgenden Antritt der Regierung Lothar de Maizière wurden die Beziehungen noch um ein weiteres Kuriosum ergänzt. Obwohl sich das Ende der DDR abzeichnete, machten sich der österreichische Vizekanzler Josef Riegler (ÖVP) und de Maizière noch daran, zumindest zum Schein Parteikontakte zwischen der ÖVP und der CDU-Ost zu etablieren.¹¹⁴ Die beiden waren im Mai trotz de Maizières „sehr gedrängten Terminkalenders“ zu einem Meinungsaustausch zusammengetroffen, den der DDR-Ministerpräsident zu einer ausführlichen Darlegung der eigenständigen Politik seiner Regierung nutzte und Zweifel am Vereinigungswillen der ostdeutschen Bevölkerung äußerte.¹¹⁵ Daraufhin hatte Riegler den Leiter der Politischen Akademie der ÖVP Andreas Khol damit beauftragt, die vereinbarte Intensivierung der Kontakte zwischen den beiden Parteien in Angriff zu nehmen. Zudem lud er de Maizière zur Eröffnung der Salzburger Festspiele nach Österreich ein,¹¹⁶ was dieser dankend annahm.¹¹⁷ Da Rieglers Vorgehen nicht mit der CDU abgestimmt war, sorgte es für eine „beträchtliche Irritation“ in Rieglers Verhältnis zu Kohl – nicht zuletzt, da dessen Beziehung zu de Maizière zu jener Zeit eben „nicht frei von Spannungen war“.¹¹⁸

Fischer ausgeklammerte Urteil aus dem Jahr 1996 siehe Peter Jochen Winters, Das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Eine Bilanz nach acht Jahren, in: *Deutschland Archiv* 32 (1999) 1, 11–13.

113 Graf, *Österreich und die DDR*, 606. Am 30. März 2017 hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe das Verfahren endgültig beendet. Die Bank Austria hatte 2016 ihre Amtshaftungsklage gegen Deutschland verloren und bekam nun kein weiteres Rechtsmittel zugestanden. Siehe dazu Renate Graber, Deutsche Justiz schließt Krimi zu KPÖ-Millionen, in: *Der Standard*, 7. Mai 2017.

114 Helmut Wohnout, Vom Durchschneiden des Eisernen Vorhangs bis zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Österreichs Außenminister Alois Mock und die europäischen Umbrüche 1989–1992, in: Andrea Brait/Michael Gehler (eds.), *Grenzöffnung 1989. Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2014), 185–219, hier 200.

115 Gespräch Riegler-De Maizière. Information, Botschafter Binder an BMaa, Berlin (Ost), 21. Mai 1990, ÖStA, AdR, BMaa, II-Pol 1989, GZ. 518.03.43/4-II.3/90.

116 Riegler an de Maizière, Wien, 21. Mai 1990, BArch, Abt. DDR, DC 20/6075, Bl. 66.

117 De Maizière an Riegler, Berlin, 28. Juni 1990, BArch, Abt. DDR, DC 20/6075, Bl. 65; Profil, 12. Oktober 2009 und 19. Oktober 2009. Für weitere Informationen zum Interview mit de Maizière danke ich Otmar Lahodinsky.

118 Wohnout, *Vom Durchschneiden des Eisernen Vorhangs*, 200 und Fußnote 47.

Im Sommer 1990, als die Einheit schon beschlossen war, absolvierte de Maizièr am 25. Juli noch einen offiziellen Besuch in Österreich. Es war das dritte Zusammentreffen auf Ebene der Regierungschefs zwischen Österreich und der DDR seit dem „Mauerfall“. Als ihn Bundeskanzler Vranitzky am Flughafen fragte, ob er das erste Mal in Österreich sei, antwortete er: „Ich bin überall zum ersten Mal.“ Ursprünglich war für den Folgetag ein Treffen zwischen de Maizièr und Kohl an dessen Urlaubsort St. Gilgen vorgesehen, das dann aber nicht stattfand. Das Unterbleiben der deutsch-deutschen Begegnung in Österreich war der österreichischen Regierung schon angesichts der möglichen Optik im Ausland nur allzu recht.¹¹⁹ Ein Schwerpunkt des Besuchs – zu dem bisher kein Gesprächsprotokoll aufgefunden werden konnte – lag darauf, zu betonen, dass die traditionell guten Beziehungen zu diesem „Raum“ im vereinigten Deutschland aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden sollten.¹²⁰ In diesem Sinne wurden auch noch im Sommer 1990 kulturelle Vereinbarungen mit der DDR geschlossen.¹²¹

VIII. Österreichs und die deutsche Einheit – eine Bilanz

Nachdem im Juli 1990 der Durchbruch im internationalen Maßstab erfolgt war, gratulierte Österreich zur deutschen Einheit, die am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde.¹²² Bundeskanzler Vranitzky tat dies in einer Erklärung¹²³ und in einem Schreiben an Kohl in dem er ausführte:

„Ich [...] möchte Ihnen an diesem großen Tag der deutschen Geschichte auch die aufrichtigen Glückwünsche der österreichischen Bundesregierung, die von den Menschen unseres Landes mitgetragen werden, übermitteln, an die ich meine ganz persönlich empfundene Gratulation anschließe. Gerade in Österreich wurde die Teilung Europas, die die Nachkriegsordnung diesem Kontinent auferlegt hat, immer besonders schmerzlich empfunden, und wir begrüßen nun – im größeren Zusammenhang der politischen Veränderungen in Zentral- und Osteuropa – die erfolgreiche und mit internationaler Zustimmung erreichte Vereinigung Deutschlands auch als einen weiteren Schritt der grundlegenden Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Europa.

119 De Maizièr reiste allerdings bereits am 31. Juli erneut nach Österreich und traf mit Kohl in St. Gilgen am Wolfgangsee zusammen, wo sich die beiden deutschen Regierungschefs über „die Verhandlungen zum Einigungsvertrag und zum Wahlvertrag“ austauschten. Siehe *Europa-Archiv* 16/1990, Z. 170.

120 Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse, 519–520.

121 Andrea Brait, Kultur als Grenzöffner? Motive und Schwerpunkte der österreichischen Kulturnachkriegspolitik im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn in den Jahren 1989–91, in: *Zeitgeschichte* 41 (2014) 3, 166–183. Mehr dazu im Beitrag von Andrea Brait in diesem Band.

122 Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, 449.

123 Erklärung von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky anlässlich der deutschen Einigung am 3. Oktober 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.03.00/26-II.1/90.

Wir sind davon überzeugt, dass es auch in seiner neuen Form und unbeschadet der großen innen- und wirtschaftspolitischen Aufgaben, die nun vor Ihnen liegen, immer seinen Beitrag zu der neuen Architektur Europas, zu einem Europa der immer stärkeren Gemeinsamkeit in Freiheit, Frieden und Sicherheit, leisten wird.¹²⁴

Die in diesem Schreiben Vranitzkys zum Ausdruck kommende, schlussendlich eindeutig positive Haltung Österreichs zur deutschen Einheit ist nicht ohne die österreichische „Ostpolitik“ im Kalten Krieg, der seit 1987 forcierten Integrationspolitik und insbesondere der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zur DDR seit Mitte der 1970er-Jahre zu erklären. Dies lag nicht zuletzt an den engen wirtschaftlichen Beziehungen zum „anderen“ deutschen Staat, die man auch nach dem Mauerfall gerne weiterführen, ja sogar noch ausweiten wollte. Darüber hinaus kann das Ende der DDR nicht ohne angemessene Berücksichtigung der österreichisch-ungarischen Beziehungen und der seit den 1970er-Jahren durchlässigeren Grenze am Eisernen Vorhang erzählt werden. Die Grenzöffnung 1989 muss als Endpunkt eines langen Prozesses gewertet werden, der natürlich auch innerungarische Ursachen hatte, ohne Österreich aber wohl kaum in dieser Form stattgefunden hätte. Trotz aller inneren Zersetzungserscheinungen der DDR verursachte die Grenzöffnung einen gravierenden Riss in der Mauer. Die Verbindung dieser beiden Vorgeschichten stellt den Hintergrund der österreichischen Haltung zur Frage der „Wiedervereinigung“ dar – einer Frage, der man sich ohne Absicht auch durch eigenes Zutun ausgesetzt hatte. Im Gegensatz zu den österreichisch-ungarischen Beziehungen liegen zum Verhältnis Ungarns zu den beiden deutschen Staaten bisher kaum quellengestützte Forschungsarbeiten jüngerer Datums vor. Mit Blick auf das in den 1980er-Jahren zunehmend schwieriger werdende Verhältnis zwischen Ungarn und der DDR, der gleichzeitigen Intensivierung der Beziehungen zwischen Bonn und Budapest und der Bedeutung, die der Grenzöffnung 1989 im heutigen ungarisch-deutschen Verhältnis beigemessen wird, ist dies mehr als verwunderlich. Im Zuge der Ost-West-Entspannung der 1970er-Jahre erreichte auch das Verhältnis zwischen Ungarn und der Bundesrepublik ein ausgezeichnetes Niveau. Dieses war politisch und wirtschaftlich vergleichbar mit jenem zu Österreich, allerdings aufgrund der indirekten Nachbarschaft weniger intensiv; zudem spielte der Faktor Grenze bis 1989 keine Rolle. Noch im Sommer 1989 war Bonn keineswegs sicher, wie sich Ungarn in der Flüchtlingsfrage verhalten würde. Die bereits bestehenden guten politischen Beziehungen und die wirtschaftlichen Nöte Ungarns, das auf westliche Kredite angewiesen war, haben aber mit Sicherheit erheblich dazu beigetragen, die Grenzöffnung in der schlussendlich erfolgten Form zu ermöglichen.¹²⁵ Ohne der „langen“ österreichisch-ungarischen Vorgeschichte, die den

124 Vranitzky an Kohl, 3. Oktober 1990, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1990, GZ. 22.03.00/26-II.1/90.

125 Den umfassendsten Überblick bietet bezeichnenderweise die der Memoirenliteratur zuzurechnende Publikation des ehemaligen ungarischen Botschafters in der Bundesrepublik István Horváth, *Die Sonne ging in Ungarn auf. Erinnerungen an eine besondere*

„Eisernen Vorhang“ durchlässiger gemacht hatte und 1989 in seinem Abbau gipfelte, wäre dies aber wohl kaum derart möglich gewesen.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist Michael Gehlers Interpretation der Haltung Österreichs zur deutschen Einheit zuzustimmen. Diese wird durch die Erkenntnisse aus den DDR-Quellen und den bisher ausgewerteten österreichischen Akten bestärkt. Über die weitere Haltung Vranitzkys nach seinem zweiten Zusammentreffen mit Modrow im Jänner 1990 urteilt Gehler:

„Der österreichische Bundeskanzler betrieb ab Februar/März 1990 nach der Abwahl Modrows eine Politik der Anpassung an die geänderten Verhältnisse und stellte sich schließlich positiv zur deutschen Einheit auf der Linie von François Mitterrand und Margaret Thatcher, die das Weiterleben der DDR vorerst sowohl für möglich als auch für erstrebenswert hielten, um dann nach der Erkenntnis der Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens mangels besserer Alternativen umzuschwenken.“¹²⁶

Inwiefern Vranitzkys Haltung primär wirtschaftlichen Interessen geschuldet war oder doch eine andere (parteipolitische) Schlagseite hatte, kann derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Aus den seither bekannt gewordenen Akten lässt sich vor allem eine gewisse Analogie zu Mitterrand erkennen, der – nachdem ihn die rasante Abfolge der Ereignisse vom Herbst 1989 überrollt hatte – eine Einbettung der deutschen Einheit in den europäischen Einigungsprozess anstrebte.¹²⁷ Dagegen war es auch im Frühjahr 1990 noch unmöglich, die in dieser Frage zunehmend isolierte britische Premierministerin zu einer positiven Haltung zur deutschen Einheit zu bewegen.¹²⁸ Als Vranitzky Anfang

Freundschaft (München: Universitas Verlag, 2000); Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Kulturinstitut der Republik Ungarn (Hg.) *Ungarn und Deutschland – eine besondere Beziehung* (Tübingen: Silberburg-Verlag, 2002). Zusammenfassend auf der zeitgenössischen Perspektive vor 1989 siehe Gyula Józsa, *Die Bundesrepublik Deutschland und Ungarn – Traditionell gute Beziehungen über Systemgrenzen hinweg*, in: Othmar Nikola Haberl/Hans Hecker (eds.), *Unfertige Nachbarschaften. Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland* (Essen: Reimar Hobbing, 1989). Quellengestützt wird die Thematik von Andreas Schmidt-Schweizer bearbeitet. Siehe dazu seinen Beitrag in diesem Band und die darin enthaltenen weiterführenden Literaturverweise.

126 Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands, 452.

127 Siehe für diese Interpretation Christian Wenkel, *Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie* (München: De Gruyter, Oldenbourg, 2014), 497–504.

128 Damit isolierte sie sich im Frühjahr 1990 auch in ihrem eigenen Kabinett, die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen fielen zur Gänze in die Verantwortung des Foreign Office, das eine wesentlich konstruktivere Rolle spielte. Dennoch prägte ihre persönliche Haltung lange Zeit das Bild der britischen Haltung zur deutschen Einheit. Eindrücklich hierzu die Schlussbetrachtung von Jackisch, *Eisern gegen die Einheit*, 303–319. Dieses Bild wurde durch Aktenveröffentlichungen in der Zwischenzeit klarer. Siehe: Keith Hamilton/Patrick Salmon/Stephen Twigge (eds.), *Documents on British Policy Overseas (DBPO), Series III, Vol. VII: German Unification, 1989–1990* (London/New York: Routledge, 2010). Für eine rezente Analyse unter Berücksichtigung dieser Edition siehe Klaus Larres, Margaret Thatcher and German Unification Revisited, in: Wolfgang Mueller/Michael Geh-

Mai in London mit Thatcher, die die deutsche Einheit jedenfalls aus Überzeugung abgelehnt hatte, zusammentraf, stimmten die beiden überein, dass die bundesdeutsche Führung die nach der Erlangung der Einheit anstehenden Aufgaben, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, unterschätze. Eine gewisse (in dieser Hinsicht aber jedenfalls berechnete) Skepsis war also beiden geblieben.¹²⁹

Ein entscheidender „Hintergrund“ bei dieser Veränderung der österreichischen Haltung lag „im Wunsch nach gesamtdeutscher Unterstützung für den angestrebten EG-Beitritt“ – einen Beitritt, den das Gebiet der DDR mit Vollzug der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 bereits erreicht hatte. Vermutlich auch deshalb „blieb das französische Misstrauen bezüglich einer weiteren Stärkung der ‚deutschen Stimme‘ in der EG“,¹³⁰ das bereits 1989 deutlich zu verspüren war,¹³¹ noch eine Weile bestehen. Die Gespräche Vranitzkys mit Mitterrand 1990 waren ausschließlich von der Integrationsfrage bestimmt.¹³² Erst 1991 bekam der Beitrittswerber Österreich von der EG-Kommission ein positives Zeugnis ausgestellt, die Beitrittsverhandlungen begannen im Februar 1993; zwei Jahre später wurde Österreich nach einer Volksabstimmung, bei der sich rund zwei Drittel der Wähler für einen Beitritt aussprachen, und nicht zuletzt dank deutscher Unterstützung Mitglied der Europäischen Union.¹³³

ler/Arnold Suppan (eds.), *The Revolutions of 1989. A Handbook*, (Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2015), 355–384. Siehe auch den Beitrag von Hinnerk Meyer in diesem Band.

129 Aktennotiz. Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Premierminister Margaret Thatcher, London, 8. Mai 1990, GZ.706.02/119-II.1/90, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, „Box BK Bayern 1991; BK USA 1990; BK Liechtenstein; BK Bulgarien; BK Bordeaux, London, Dublin; BK Düsseldorf; BK Schweden; BK Rumänien.“

130 Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse, 525.

131 Der damalige Bürgermeister von Paris Jacques Chirac betonte in einer öffentlichen Äußerung, er hielte Österreich für einen der drei deutschen Staaten. Siehe dazu Öffentliche Äußerungen von Bürgermeister Chirac über Österreich. Drei-deutsche-Staaten-Theorie. Staatliche Wiedervereinigung (Info); Telefax Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 10. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 517.00.26/6-II.1/89; Frankreich und die Umwälzungen in Osteuropa; Wiedervereinigung Deutschlands; Rolle Österreichs (Info); Botschafter Schallenberg an BMAA, Paris, 20. November 1989, ÖStA, AdR, BMAA, II. Pol. 1989, GZ. 57.02.02/11-II.1/89.

132 Aktennotiz. Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand, Bordeaux, 7. Mai 1990, Kreisky-Archiv, Depositum Franz Vranitzky, AP, box „BK Bayern 1991; BK USA 1990; BK Liechtenstein; BK Bulgarien; BK Bordeaux, London, Dublin; BK Düsseldorf; BK Schweden; BK Rumänien“. Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky; offizieller Besuch in Paris, 1. Oktober 1990, Botschafter Wolfgang Schallenberg an BMAA, Paris, 2. Oktober 1990, Zl. 545-RES/90, ÖStA, AdR, BMAA, II-Pol 1989, GZ. 518.01.57/3.II.1/90.

133 Gehler, Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse, 525. Zu Österreichs Integrationspolitik: Michael Gehler, *Österreichs Weg in die Europäische Union* (Innsbruck: StudienVerlag, 2009).